

„Zeit für die Oder“ - „Czas na Odrę“



Dokumentationsmappe zur
Fachtagung

**„Das Oderhochwasser –
Fünf Jahre nach der Katastrophe“**

- 5. September 2002 -



Zusammenstellung der Vorträge
(ohne Presseanhang)



Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	2
2. Vorträge	
2.1 T. Wojtowicz: Grußwort	3
2.2 O. Malek: Das ‚Aktionsprogramm Hochwasserschutz im Einzugsgebiet der Oder‘ der IKSO (<i>Protokoll</i>)	6
2.3 S. Bartosiewicz: Hochwasserschutz aus polnischer Sicht: ‚Das Programm für die Oder 2006‘	8
2.4 J. Neumüller: Oderregio – Transnationale Konzeption zum vorsorgenden Hochwasser- schutz im Einzugsgebiet der Oder	16
2.5 G. Nagl: Ökologischer Hochwasserschutz: Raum für naturnahe Gewässer, Auen und Feuchtgebiete – Schutz für die Menschen	23
2.6 R. Gawlik: Resümee (<i>Protokoll</i>)	31
2.7 BUND –Forderungen für einen ökologischen Hochwasserschutz	32
2.8 Internationales Aktionsbündnis ‚Zeit für die Oder‘: Deklaration zum nachhaltigen Hochwasserschutz	39
3. Presse-Echo	
3.1 Presse-Infos BUND Berlin e.V.: ‚Erfolgreicher Hochwasserschutz nur grenzüberschreitend machbar‘ (25.07.02)	
3.2 Märkische Allgemeine: ‚Umweltschützer für Oder- Schutz‘ (26.07.02)	
3.3 Der Spiegel: Attraktiver als je zuvor (22.08.02)	
3.4 Märkische Oderzeitung: ‚Oder-Bündnis: Fünf Jahre nach Hochwasser fehlen Überflutungs- flächen (04.09.02)	
3.5 Märkische Oderzeitung: ‚Brandenburg schafft Überflutungsflächen an Oder (05.09.02)	
3.6 Märkische Oderzeitung: ‚Ein „Schubs für die Oder“ – Elbeflut löst auch am Grenzfluss wie- der Hochwasser-Debatte aus – Plädoyer für mehr Überflutungsflächen (05.09.02)	
3.7 Frankfurter Stadtbote: ‚Oder fünf Jahre nach Flut weiter im engen Korsett (05.09.02)	
3.8 Frankfurter Stadtbote: ‚Die nächste Flut kommt bestimmt‘ (05.09.02)	
3.9 Märkische Oderzeitung: ‚Bald neuer Oderpolder bei Sophienthal‘ (06.09.02)	
3.10 Märkische Allgemeine: ‚Land schafft neue Oder-Flutflächen‘ (06.09.02)	
3.11 Berliner Zeitung: ‚Wir sind keine Traamtänzer‘ (7./8.09.2002)	
3.12 Der Rabe Ralf: ‚Was bringt das Hochwasser?‘ (S. Gunkel; Okt/Nov. 02)	
3.13 Der Rabe Ralf: ‚Rettung für die Flüsse?‘ (S. Krautmann; Okt/Nov. 02)	
4. Adressen	57
5. Impressum	58



1. Einleitung

Berlin, im November 2002

Liebe Oderfreunde,

Mehr als 80 Interessenten beteiligten sich am 5. September 2002 an der internationalen Fachtagung ‚Das Oderhochwasser – Fünf Jahre nach der Katastrophe‘. Die hohe Zahl der Teilnehmer zeigt, wie wichtig das Thema Hochwasserschutz für die Bewohner des Odergebietes ist. Das Thema hat nach den Hochwasserkatastrophen im vergangenen Sommer an der Elbe und der Donau noch mehr an Bedeutung gewonnen.

Das internationale Aktionsbündnis ‚Zeit für die Oder‘, ein Zusammenschluss von über 30 Umweltverbänden aus den drei Anrainerstaaten der Oder hat die Wichtigkeit des Themas schon länger erkannt und wird sich deswegen auch in Zukunft nachdrücklich mit dem Thema beschäftigen. Übrigens verabschiedete das internationale Aktionsbündnis am Tag nach der Fachtagung eine gemeinsame Hochwasserdeklaration, die Sie in dieser Dokumentationsmappe finden (Punkt 2.7).

Die Dokumentationsmappe gibt einen Überblick über die Vorträge der Fachtagung. Weiterhin enthält die Mappe einige Presse-Artikel sowie andere relevante Texte zum Thema Hochwasser. Die Übersicht ist nicht komplett – manche Referenten hatten leider kein Zeit ihr Referat zu Papier zu bringen. Weiterhin fehlen vor allem Presse-Artikel aus Polen, obwohl wir wissen, dass auch polnische Medien auf der Tagung anwesend waren. So waren u.a. die Gazeta Lubuska und die Kurier Slubicki da.

Auch die Radio- und Fernseh-Interviews können wir hier natürlich nicht wiedergeben. Es gab u.a. Fernsehbilder beim ORB (Ostdeutsche Rundfunk Brandenburg), TVP (Telewizja Polska) und Radio-Interviews bei Radio Multikulti, Radio Antenne Brandenburg und Radio Zachod (West).

Wir hoffen, dass die Fachtagung und die Bootsfahrt auf der Oder am Nachmittag Ihnen inhaltlich weitergeholfen und dass sie Ihnen gefallen haben.

Bis zum nächsten Treffen,

Jeroen Kuiper



2.1 Wojtowicz, T.: Grußwort

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Teilnehmer der Konferenz „Das Oderhochwasser – fünf Jahre nach der Katastrophe“

Ich begrüße sehr herzlich die Teilnehmer der Konferenz,

besonders herzlich begrüße ich die Veranstalter. Die Idee, diese Konferenz in Słubice, im Collegium Polonicum zu organisieren, freut mich sehr. Die Stadt Słubice und der Landkreis Słubice besitzen eine der längsten Strecken der Oder.

Ich sage jetzt ein paar Worte zur Stadt:

Die Stadt hat ca. 18.000 Einwohner. Im Oder–Urstromtal, im Bereich des historischen Überflutungsgebietes wohnen ca. 30.000 Menschen. Im Urstromtal gibt es Gebäude, Felder, landschaftlich schöne Wälder, ökologisch bewirtschaftete Flächen und gewerblich attraktive Gebiete. Słubice liegt durchschnittlich 2-3 Meter unter dem normalen Wasserstand der Oder.

In heutiger Zeit haben die Flüsse in Tschechien und Deutschland ihre zerstörerische Kraft gezeigt und uns davon überzeugt, dass Diskussionen über diese Themen von großer Bedeutung und von großen Nutzen sind. Die Überlegungen dazu sollten konsequent umgesetzt werden, da sonst nie ein sinnvoller Hochwasserschutz erreicht werden kann.

Im Juli 1997 erfuhr Polen die größte Flutkatastrophe seit mindestens 200 Jahre. Słubice und Frankfurt sind der Gefahr entgangen. Nicht alle Städte haben so viel Glück gehabt.

Viele Leute leiden bis heute unter den Folgen des Hochwassers. Das Ausmaß der damaligen Flut bezeugt die Tatsache, dass von den 6 Mio. Menschen, die in den Hochwassergebieten wohnen, fast 1,5 Mio. direkt von den Folgen der Hochwasser betroffen gewesen sind. Das Wasser nahm sich Wohnhäuser, Stromleitungen, Nachrichtenübermittlung und zerstörte Straßen, Brücken, Bahnstrecken, landwirtschaftliche Flächen usw.

Viele Menschen sind ums Leben gekommen.

Als Folge des Jahrhunderthochwassers beschäftigen sich verschiedene internationale politische Gremien mit dem Thema Hochwasserschutz in der Oderregion. So erarbeitet z.B. die IKSO (Internationale Kommission zum Schutz der Oder) ein „Aktionsprogramm Hochwasserschutz im Einzugsgebiet der Oder“. Die tschechische Regierung entwickelte eine ‚Strategie zum Hochwasserschutz‘.

Nach der Flut präsentierte die polnische Regierung ein Nationales Programm für Wiederaufbau und Modernisierung. Das Programm richtete sich direkt an die Betroffenen; es sollte helfen, die



normalen Lebensbedingungen wiederherzustellen. Das Programm war offen für alle, die helfen wollten; war offen für neue Probleme, die bei der direkten Schadenbeseitigung entstanden sind. Im Jahr 2001 folgte das 'Programm für die Oder 2006'.

Heute werden die Hochwasserkatastrophen immer gefährlicher.

Fünf Jahre nach der Oderflut stellt sich die Frage, was seitdem im Odereinzugsgebiet tatsächlich unternommen wurde, um künftige Hochwasser wie im Sommer 1997 zu verhindern?

Wir haben viel gemacht. 1998 wurden Meliorationskanäle in der Stadt und in der Gemeinde Słubice wiederaufgebaut. Die beschädigte Kanalisation wurde repariert und Wege aufgebaut.

1999-2002 wurden Deiche im Landkreis Słubice aus verschiedenen Mittel modernisiert:

- Mittel aus dem Haushalt,
- eigene Mittel der Gemeinde und des Naturschutzfonds,
- Hilfsmittel: der Weltbank, des Entwicklungsfonds der EU, Phare CBC.

Im Landkreis Słubice wurden an den Deichen verschiedene Arbeiten ausgeführt:

- in Słubice wurden 4 km repariert und 6 km modernisiert,
- in der Gemeinde Cybinka wurden ca. 18 km der Deichstrecke modernisiert.

Nach dem Ende der Modernisierungsarbeiten sind auf dem Gebiet der Gemeinde Słubice noch ca. 7 km des (alten) Deiches geblieben (nicht modernisiert).

Das sind nicht alle Arbeiten, die in Słubice gemacht werden sollten. In der Realisationsphase befindet sich die Erhöhung der Deichkrone in der Stadt Słubice bis zum Wasserstand des sog. „200 Wasser“. Die Idee, einen Ringdeich und einen Entlastungskanal zu bauen, ist entstanden – die Umsetzung dieser Vorhaben könnte einen großen Einfluss auf die Verbesserung des Sicherheitssystems der Stadt Słubice vor Hochwasser haben.

Das sind die Aufgaben, die mehrmals die Finanzmöglichkeiten der Stadt Słubice überschreiten. Somit ist es positiv, dass diese Aufgaben Teil des Regierungsprogramms „Oder 2006“ geworden sind.

Ich muss hier aber sagen, dass uns keine technischen Planungen bekannt sind, die das Programms „Oder 2006“ in unserem Gebiet umsetzen sollen.

Es gibt noch sehr viel zu tun.

Ich hoffe, dass die heutige Fachtagung, die sich auf das Jahr 1997 bezieht, dazu beiträgt, dass die Mittel des Programms „Oder 2006“ sinnvoll verwendet werden und dadurch die Hochwassersicherheit in der Stadt Słubice und in anderen Orten entlang der Oder verbessert.



Um das Element, das immer gefährlicher wird, zu beherrschen, gibt es Bedürfnis nach gemeinsamen Anstrengungen, nach einem gemeinsamen Schutz- und Warnsystem. Solche Maßnahmen realisieren die Städte nach ihren Möglichkeiten – es muss noch einiges gebaut und verbessert werden.

Schon früher lieferten wir den Beweis für gemeinsame Hilfe und Zusammenarbeit in Notsituationen.

Heute, verbinden wir wieder unsere Kräfte, um die unentbehrliche Hilfe den Betroffenen in Wałbrzych, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Bayern und Tschechien zu leisten.

Wir fühlen tief mit und verstehen die Situation, in der sich die Hochwasserbetroffenen in diesen Gebieten befinden.

In unser Gedächtnis hat sich der Kampf gegen das Wasser, den wir gemeinsam mit den Deutschen 1997 geführt haben, tief geprägt.

In diesem schweren Moment verbinden wir unsere Gedanken mit den Hochwasseropfern und soweit möglich, geben uns alle Mühe, den Betroffenen zu helfen.

Sehr geehrte Teilnehmer der Konferenz,
ich danke Ihnen, dass Sie nach Słubice gekommen sind. Ich möchte, dass die aktuellen Überlegungen immer auch in bezug auf das Hochwasser 1997 geführt werden und hoffe, dass sie die Umsetzung der vorher genannten Pläne verstärken.

Ich wünsche Ihnen einen angenehmen Aufenthalt in Słubice und Frankfurt/Oder.

Wojtowicz, T. (stellvertretender Bürgermeister der Stadt Słubice)



2.2 Malek O.: „Das Aktionsprogramm Hochwasserschutz im Einzugsgebiet der Oder“ der IKSO

- Protokoll zum Vortrag -

1. Das Oderhochwasser im Juli 1997

Das Einzugsgebiet der Oder liegt zu 90 % in Polen und zu jeweils ca. 5 % in Tschechien und Deutschland. Das Hochwasser wurde von Niederschlägen im Städtedreieck Brunn – Katowitz - Breslau ausgelöst, die in wenigen Tagen die fünffache Regenmenge wie sonst durchschnittlich in einem Monat mit sich brachten.

In dieser Hinsicht ist das Ereignis dem von der Elbe in diesem Sommer (2002) vergleichbar. Die Pegelstände in Eisenhüttenstadt waren das weitaus größte Ereignis, das je dort beobachtet wurde.

Motto für die Arbeit der IKSO: Es geht nicht um das Beherrschen von der Natur sondern darum, schlimme Auswirkungen von Naturereignissen zu verhindern.

2. Vertrag für die Internationale Kommission zum Schutz der Oder gegen Verunreinigung

Am 11. April 1996 wurde der Vertrag zwischen Tschechien, Polen, Deutschland und der EU unterzeichnet, der die Zusammenarbeit zum Schutz der Oder und des Stettiner Haffs gegen Verunreinigung regelt. Dieser Vertrag trat 1999 in Kraft.

3. Bei einem Treffen der Umweltminister der Vertragspartner im August 1997 in Frankfurt (Oder) wurde die IKSO damit beauftragt, ein Aktionsprogramm für den Hochwasserschutz zu erarbeiten.

4. Erwähnung einer EU-Untersuchung: „Gemeinsame Strategien und Grundsätze zum Hochwasserschutz im Einzugsgebiet der Oder“

Maßnahmen müssen im gesamten Einzugsgebiet erfolgen, da sich die Wirkungen summieren. Untersuchung zu den Einflussmöglichkeiten auf den Hochwasserablauf. Dazu wurden Szenarien entworfen, die beispielsweise zeigen, dass die Erhöhung von Dämmen auch die Wasserstände erhöhen kann.

5. Aktionsprogramm Hochwasserschutz

Das Aktionsprogramm zum Hochwasserschutz im Einzugsgebiet der Oder liegt im Entwurf vor und soll noch in diesem Jahr von der IKSO bestätigt werden. Fünf Jahre wurden für die Arbeit daran benötigt, im Gegensatz zu 3 Jahren für die Erarbeitung eines ähnlichen Aktionsprogramms für den Rhein. Die Arbeit war langwierig, weil die Kommunikation innerhalb der Kommission, die



aus jeweils fünf Vertretern der Vertragspartner besteht, schwieriger ist. Es wurden auch Nicht-Regierungs-Organisationen in die Entwicklung des Programms mit einbezogen.

Zu den wichtigsten Handlungszielen gehören:

- I. Minderung der Schadensrisiken
- II. Untersuchung der Möglichkeiten, wie Risiken verhindert werden können
- III. Entwurf eines Phasenprogramms für die Jahre 2010, 2020, 2030
- IV. Verminderung der Wasserstände
- V. Öffentlichkeitsarbeit zur Erhöhung des Bewusstseins
- VI. Verbesserung des Hochwassermelde- und vorhersagesystems
- VII. Vermeiden von hochwasserbedingter Gewässerverunreinigung
- VIII. Verbesserung der rechtlichen Regelung

Nachfrage Jeroen Kuiper (BUND Berlin): Wie wird das finanziert?

Antwort: Dafür sind die Vertragspartner verantwortlich. Die Kosten für die Umsetzung des Programms in den nächsten 28 Jahren belaufen sich auf ca. 3,5 Milliarden Euro.

Wichtig ist zunächst, dass Messeinrichtungen und Pegelstände katastrophensicher installiert werden. Online- Verknüpfungen und ein Computer-System, das Vorhersagen berechnet gehören dazu.

Malek, O. (Vertreter der IKSO - Internationale Kommission zum Schutz der Oder gegen Verunreinigung) - Arbeitsgemeinschaft Hochwasseraktionsplan)

Für weitere Informationen über die IKSO:

<http://www.vilp.de/Depdf/10/d020.pdf>

http://www.bafg.de/html/projekte/intorg/worddoc_neu/IKSO.doc

Protokollantin: Taina Dyckhoff



2.3 Stefan Bartosiewicz: Hochwasserschutz aus polnischer Sicht „Das Programm für die Oder 2006“

Die Antwort auf die Frage:

Was wurde nach dem Hochwasser 1997 in dem polnischen Teil des Odereinzugsgebietes gemacht und wie sehen die Pläne im Bereich des Hochwasserschutzes aus

Im Jahre 1998 wurde eine Vision des (menschen- und naturfreundlichen) Hochwasserschutzes für den polnischen Teil des Odereinzugsgebietes präsentiert; dadurch konnten strategische Pläne und Maßnahmenprogramme entwickelt werden.

Nach dem Hochwasser 1997 wurden die enormen Sachschäden, die ca. 3,5 Mrd. \$ betragen, in der ganzen Infrastruktur erfasst und das Regierungsprogramm „Nationalprogramm für Wiederaufbau und Modernisierung“ aufgestellt. Das Wort „national“ bedeutet, dass das Programm von der Bevölkerung allgemein akzeptiert wird, dass es keine Alternativen gibt, sonst bleiben die Probleme ungelöst.

Das Programm bezog sich in erster Reihe auf das Einzugsgebiet der Oder und war mit dem Wiederaufbau nach den riesigen Schäden in allen Wirtschaftszweigen verbunden, u.a.: Landwirtschaft, Stadt- und ländliche Wirtschaft, Verkehrsinfrastruktur (Straßen, Eisenbahnstrecken) und Wasserwirtschaft. Im Bereich der Wasserwirtschaft befasste sich das Programm mit dem Wiederaufbau von Deichen, der Wiederherstellung von Flussbetten, der Instandsetzung von wasserbaulichen Werken und Anlagen, sowie mit der Wiederherstellung von Systemen zur Regulierung von Wasserlaufbetten.

Die polnische Regierung hat erhebliche ausländische Kredite aufgenommen, um einen großen Teil dieses Programms erfolgreich und termingerecht auszuführen.

Außerdem wurde beschlossen, die bereits eingeleiteten Investitionen im Bezug auf den Bau von Wasserspeichern und Hochwasserkanälen im Rahmen der „Modernisierung“ zu beschleunigen.

Es sollte daran erinnert werden, dass die Infrastruktur an den Bergläufen und –strömen weitgehend zerstört wurde. Diese Infrastruktur war ein System der Stabilisierung von Grenzen zwischen Gewässern und bewirtschafteten Flächen und ein System der Stabilisierung vom dynamischen Gleichgewicht des Flussbettes sowie der Stabilisierung der Wasserverhältnisse im Flussbereich.

Es wird geschätzt, dass die Schäden in dem oberen und mittlerem Oderlauf und an deren Nebenflüssen ca. 20 % des wasserbaulichen Gesamtbestandes (in der wasserbautechnischen Infrastruktur) betragen. Die Oder und ihre polnischen Nebenflüsse verfügen wegen der besonderen Nähe der Infrastruktur zu den Fließgewässern über eine intensive Bebauung mit Regelanlagen.



In fast allen Bereichen der zerstörten, wiederherzustellenden Volkswirtschaft wurde das Wiederaufbauprogramm zu ca. 95 ÷ 100 % realisiert. Leider ist der Umsetzungsgrad des Programms hinsichtlich der wiederaufzubauenden Gewässerinfrastruktur nur zu 19 % erreicht.

Der Grund dafür liegt nach wie vor in fehlenden Staatshaushaltsmitteln für die Umsetzung der Pläne zur Beseitigung von Hochwasserschäden und Gefahrenabwehr.

Vielleicht liegt die Ursache teilweise in den lauten Losungen wie „mehr Raum den Flüssen“, „die Flussufer und Flussumwelt renaturieren“, „die Flüsse fließen auch ohne Wassertechniker“. Leider wird dabei vergessen, dass an den Flüssen zuerst der Mensch mit seiner städtischen Infrastruktur erschienen ist, und erst später wurden Flussufer vor Erosion und Überschwemmungen zum Schutz des Vermögens gesichert. Durch die Entscheidung über das Aufgeben von Instandhaltungs- und Wiederherstellungsarbeiten in den Flussbetten nach größeren Hochwasserereignissen werden die Wähler zu Lebensgefährdung und Verlust des Vermögens verurteilt, ohne dass ihnen eine Alternative präsentiert wird.

Die Wiederherstellungsarbeiten an Flüssen bedeuten die Wiederherstellung von wasserbaulichen Parametern der Flussbetten (Ausbaggerung), die Wiederherstellung des alten Flussverlaufs (insbesondere in Städten und Dörfern), den Ausbau von Staustufen im Rahmen der bereits bestehenden Wasserverhältnisse, den Wiederaufbau von zerstörten Uferbefestigungen, die den alten Verlauf der wasserangrenzenden Gebiete geprägt haben. Das Ausbleiben dieser Arbeiten stellt die Ursache für 400 ÷ 600 Beschwerden und Klageanträge von den Personen und anderen Subjekten dar, die wegen des Verlustes des früheren Durchsatzvermögens durch den Fluss, der Ufererosion und Unterhöhlung vieler Bauwerke durch Überflutung gefährdet sind. Diese Anzahl von Beschwerden und Klageanträgen – gegenübergestellt den vereinzelt Stimmen und Losungen bezüglich des Einstellens von Arbeiten - ist eine Form der demokratischen Entscheidung darüber, was zu tun ist, und was weggelassen werden soll., sie ist eine Auslegung, wie Wasserpolitik zu realisieren ist.

1998 sah die polnische Regierung die Notwendigkeit ein, ein strategisches Programm für den polnischen Teil des Odereinzugsgebietes aufzustellen, das nicht nur den Wiederaufbau von den Hochwasserschäden berücksichtigt, sondern auch Pläne zur Schaffung von modernen, optimalen und effektiveren Gewässersystemen vorbereitet. An der Entwicklung dieses Programms haben Spezialistengruppen gearbeitet. Es wurden unterschiedliche Grundlagen für das Programm entsprechend den finanziellen Möglichkeiten des Staates in Erwägung gezogen. Es sind auch alternative Initiativen aufgetaucht, um die Umsetzung dieses wichtigen Programms zu ermöglichen, dabei wurde die Chance der Natur gegeben, und das Schicksal der Menschen in Überschwemmungsgebieten wurde ohne richtige Lösung der Hochwasserprobleme gelassen.



Letztendlich ist es gelungen, eine vereinfachte Kompromissversion des Programms auszuarbeiten, die vielleicht nicht die beste ist, die sich aber umsetzen und aus der Zeitperspektive eventuell verifizieren lässt. Es gibt also ein konkretes Programm.

Das Programm wurde „Programm für die Oder 2006“ genannt.

Es muss daran erinnert werden, dass dieses Programm von dem Parlament am 6. Juli 2001 verabschiedet wurde. Das langjährige Programm wurde in Form eines Gesetzes als des höchsten staatlichen Entscheidungsaktes erlassen. Das Gesetz wurde von dem Staatspräsidenten Polens bestätigt.

Das Programm befasst sich mit der Umsetzung vieler unterschiedlicher Aufgaben. Dazu gehören u.a.:

- Aufbau eines passiven und eines aktiven Hochwasserschutzsystems,
- Beseitigung von Hochwasserschäden,
- präventive Raumordnung sowie Renaturierung von Ökosystemen,
- Naturschutz und Gewässereinhaltung,
- Vergrößerung der Beforstung im Einzugsgebiet (als Element der Renaturierung des Einzugsgebietes).

Die Umsetzung des Programms ist für den Zeitraum von 2002 – 2016 vorgesehen.

Mit den Grundlagen und dem Inhalt des Programms wurde die tschechische und die deutsche Seite offiziell vertraut gemacht. Die Realisierung dieses Programms wird Interesse der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik nicht verletzen.

Das „Programm für die Oder 2006“ wurde – wie bereits erwähnt – entsprechend den Bedürfnissen und Möglichkeiten Polens aufgestellt. Aus europäischer Sicht handelt es sich um ein gemäßigtes Programm, das das Prinzip der nachhaltigen Entwicklung berücksichtigt. Es kann ein Muster für das Erarbeiten eines Programms für die Elbe sein.

In seinen Grundlagen sieht das Programm keine Überleitung von Wasserressourcen in ein anderes Einzugsgebiet im Lande vor. Es sind keine Pläne zur Schaffung eines unabhängigen, parallel zum Oderflussbett verlaufenden Kanals mit der Möglichkeit einer eigenen Nutzung geplant. Wichtig ist es auch, dass im Programm kein Schaffen von erleichterten Transportbedingungen für die Förderung von Scheitelabflusswerten bei Hochwasserereignissen vorgesehen ist, um die Gewässer auf diese Weise aus dem Lande loszuwerden, sondern es setzt eine bedeutende Minderung von Scheitelabflusswerten an den Oder-Nebenflüssen bei den Hochwasserquellen voraus – dies verdient eine besondere Beachtung. Ein großer Wert wird dabei auf die Wellenüberlagerung auf der Oder gelegt – der Plan zum Bau eines Speichers in Racibórz an der Oder ist ein gutes Beispiel dafür.

Der Vorteil des Programms ist, dass es die Initiative (insbesondere die der Naturschützer) bezüglich einer radikalen Vergrößerung des Flussraumes (also der Umsetzung der Lösungen „das Tei-



len des Raumes“ und „das Hemmen von menschlichen Aktivitäten auf ausgewählten Gebieten“) nicht beeinträchtigt.

Nach dem Hochwasser 1997 wurden in Polen Entscheidungen über die Änderung der Vorschriften bezüglich der Organisierung von direkten Hochwasserschutzmaßnahmen getroffen.

Im Jahre 2002 wurde das Gesetz über den „Naturkatastrophenzustand“ erlassen. Im Falle eines Hochwassers wie von 1997, würde es nach Ansicht der Verfasser des Naturkatastrophengesetzes sicherlich nicht zu so einer großen Desorganisation, Zerstörung und Überraschung kommen. In letzter Zeit fanden in einem Teil des Landes professionelle Übungen statt, die von der Regierungszentrale organisiert wurden und zum Ziel die Vorbereitung der Dienste auf eine Naturkatastrophe hatten.

Im vergangenen Jahr hat das polnische Parlament ein Gesetz erlassen – das Wasserrecht. Das Gesetz ist seit dem 1. Januar 2002 in Kraft. Es wurde eine Reihe von konsequenten rechtlichen Regelungen bezüglich des Hochwasserschutzes eingeführt. Die wichtigste davon ist eine Regelung über das Erstellen eines amtlichen Dokumentes, d.h. einer Studie, die besonders hochwassergefährdete Gebiete und somit die Grenzen der direkt bedrohten Gebiete bestimmt. Diese Materialien müssen bei der Erstellung von Raumordnungsplänen der einzelnen Verwaltungseinheiten (Woiwodschaften, Landkreise, Gemeinde) berücksichtigt werden.

Im Vergleich zu den früheren rechtlichen Regelungen hat das neue Wasserrecht mehr Sanktionen und Verbote in Bezug auf die Lokalisierung von Durchflusshindernissen, darunter auch auf das Pflanzen von Bäumen und Sträuchern im Bereich des aktiven Wasserdurchflusses (Flussbettbereich) eingeführt. Dies bezieht sich auf Flüsse und Bäche, wo Menschen seit langem fest in Wasserlauf-Tälern angesiedelt sind, also dort, wo es keine Entscheidung über Rückgabe des Raumes an den Fluss geben wird.

Im neuen Wasserrecht wurde der Rechtsschutz der auf den direkt gefährdeten Gebieten in der Uferzone des Flussbettes wachsenden Bäume und Sträucher im großen Maße vermindert.

Große Berechtigungen hat das neue Wasserrecht der Leitungsebene der Wasserwirtschaftsverwaltungen verliehen – u.a. das Recht auf das Veranlassen der Staureduktion in den Wasserspeichern ohne Entschädigung. Dies hat zum Ziel das Schaffen der Möglichkeit vom Gewinnen besserer Ergebnisse bei der Minderung der Hochwassergefährdung (solche Festlegung im Wasserrecht der Tschechischen Republik wäre rettend bei dem Hochwasser auf der Elbe).

Außerdem bekam sie das Recht auf das Verhängen von Einschränkungen in der Wassernutzung unter besonderen Umständen sowie auf die Änderungen des Wasserhaushaltes in Rückhalte-speichern. Gemäß den Bestimmungen des Wasserrechts werden die von Wasserverwaltungseinheiten aufgestellten Hochwasserschutzpläne in der jeweiligen Wasserregion eine wichtige Rolle beim Hochwasserschutz spielen.



Das polnische Wasserrecht sieht die Möglichkeit der Technisierung von Wasserlaufbetten, d.h. der Regulierung von „natürlichen“ (!) Flussläufen zwecks Verbesserung der Gewässernutzungsbedingungen und des Hochwasserschutzes vor. Diese Bestimmung wurde durch polnische Naturforscher akzeptiert. Dabei verpflichtet das polnische Wasserrecht den Flussverwalter dazu, einen freien Abfluss von Wasser und Eis zu gewährleisten, so dass keine günstigen und lästigen Bedingungen für häufige Überflutungen geschaffen werden. Im polnischen Wasserrecht wurde definiert, dass unter dem Begriff „Hochwasser“ so ein Wasseranstieg in natürlichen Flussläufen zu verstehen ist, bei dem das Wasser nach der Überschreitung des Uferstandes das Flusstal und die Depressionen überflutet und die Gefahr für die Menschen und Sachvermögen schafft. Es handelt sich um Vermögen, das an Flüssen lokalisiert ist samt bestehenden menschlichen Siedlungen. Das Recht auf die Regulierung von natürlichen Wasserläufen, die Pflicht der Gewährleistung von freien Abflussbedingungen in dem Flussbett und die Hochwasserdefinition zeugen eindeutig von dem Priorität des Menschen- und Vermögensschutzes in dem neuen Wasserrecht.

Das polnische Wasserrecht bestimmt jedoch auch klare Finanzbedingungen (geschaffene Fonds) zur Unterstützung der Aufgaben, die mit Renaturierung von Wasserläufen, Tälern sowie gewählten Einzugsgebietsteilen verbunden sind – dort, wo dies möglich ist.

Wahrscheinlich auf Antrag der Naturforscher befinden sich im Wasserrecht bestimmte Festlegungen, die Fluss- und Bachverwalter disziplinieren sollen. Das frühere Wasserrecht (vom 1974) garantierte Vergünstigungen bei Aktivitäten zur Instandhaltung von technisierten Wasserlaufbetten. Bei jeglichen Sanierungsmaßnahmen an Regulierungsinfrastruktur der Wasserläufe gab es keine eindeutigen Vorschriften. Das aktuelle Wasserrecht hält alle Instandhaltungsarbeiten (Sanierungsmaßnahmen) für Regulierungen. Der Flussverwalter hat jedes Mal eine Reihe von formellen Anforderungen zu erfüllen, und zwar Einholen einer Verwaltungsentscheidung über Bebauungsbedingungen und Bewirtschaftung des Gebietes, Umweltverträglichkeitsstudien, Einholen einer Verwaltungsentscheidung, d.h. einer wasserrechtlichen Genehmigung für Ausführung der Arbeiten. Bei geringen Sanierungsarbeiten können Formalitäten mehr Zeit in Anspruch nehmen als Sanierungs- und Pflegearbeiten oder laufende Sanierungsmaßnahmen.

Die Regionalen Wasserwirtschaftsverwaltungen (RZGW), darin die RZGW in Wrocław, werden dringend Karten der Überflutungsgebiete erstellen, um die Einschränkungen für die künftige Bebauung, sowie eine Grundlage für die zur Zeit aufgestellten Hochwasserschutzpläne zur auf diesen Gebieten bereits existierenden Bebauung unverzüglich zu schaffen.

Die polnische Regierung hat mit Hilfe des Kredits von der Weltbank Finanzierung des Wiederaufbaus der Infrastruktur in den Städten und Dörfern ermöglicht, die 1997 vom Hochwasser betroffen worden sind (Bestandteil A des Kredits). Außerdem wurden aus dem Kredit nicht strukturelle Maßnahmen finanziert, die das Risiko und die Gefahr eines künftigen Hochwassers einschränken (Bestandteil B des Kredits). Den Bestandteil B des Kredits bilden folgende Elemente:



- Planung des Hochwasserschutzes in dem Einzugsgebiet.
- Überwachen, Vorhersagen, Warnen,
- Investitionen in die Infrastruktur zum Hochwasserschutz (Finanzierung auch aus anderen Quellen).
- Vorbeugen und Minimieren des Hochwasserrisikos.

Die Ausführung der im Programm der Weltbank im Teil B aufgeführten Aufgaben sollte bis August 2003 beendet werden. Im Rahmen des Teiles B ist das Ausarbeiten eines organisatorischen Modells für die Regionalen Wasserwirtschaftsverwaltungen (die die Flüsse im Einzugsgebiet verwalten) vorgesehen, damit Operationszentren für die Koordinierung der Entscheidungen über die Steuerung von Hochwasserschutzsystemen geschaffen werden, sowie für die Bestimmung des Ausmaßes des Hochwasserrisikos. Diese regionalen Einheiten werden „Koordinations- und Informationszentren“ der Schutzsysteme sein. Im Rahmen des Kredits werden die Zentren mit solchen Werkzeugen ausgestattet, wie Computeranlagen, Aktionsprogramme, Kommunikationssysteme, es sind auch Schulungen, eine EDV-Ausrüstung, Kommunikationsanlagen, digitale Geländemodelle der Flusstäler, Datenbanken über den Umfang von großen Hochwasserereignissen vorgesehen.

Im Rahmen des Teiles B auf der Basis des Kredits von der Weltbank sind zum Punkt „Überwachen, Vorhersagen, Warnen“ bis Ende 2003 u.a. folgende Aufgaben vorgesehen:

- Aufbau und Inbetriebnahme eines telemetrischen hydrologisch-meteorologischen Messnetzes.
- Modernisieren des für den Schutz und hydrologische Vorhersagen verantwortlichen Systems.
- Modernisieren der Datenübertragungs- und -verarbeitungssysteme in den Vorhersagenbüros.
- Praktischer Einsatz des meteorologischen Vorhersagesystems.
- Modernisieren des teleinformatischen Systems.

Im Rahmen des Teiles B sind auf der Basis des Weltbankkredits die Vorbereitung einer Reihe von Bildungs- und Informationshandbüchern sowie das Finanzieren von lokalen Plänen zur Einschränkung der Hochwasserfolgen und zu Vorbeugungsmaßnahmen bei manchen Gemeinden und Landkreisen vorgesehen, die während des Hochwasser große Verluste erlitten haben.

Wie bereits bei dem ersten Bestandteil A des Weltbankkredits bezüglich der Investitionen in den Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur in Städten und Dörfern erwähnt, wurden parallel dazu keine Überholungen von festen Talsperren an alten Speicherbecken, die eine Rolle in dem Hoch-



wasserschutz spielen, vorgesehen. Es ist bedauerlich, dass keine kleinen Hochwasserspeicherbecken und Überflutungspolder von diesen Mitteln errichtet werden können, die eine lokale Bedeutung im Rahmen des Hochwasserschutzes haben.

Nach dem Hochwasser 1997 erhielt Polen von reicheren Staaten die Unterstützung in verschiedener Form, im Bereich der Schulungsmöglichkeiten für Spezialistengruppen, Vorführung von bestehenden, in Europa und Amerika gut funktionierenden Gewässersystemen. Es wurden zahlreiche Beispiele von Modellösungen präsentiert, die beim Lösen derartiger Probleme in Polen behilflich sein können.

Man kann sich freuen, dass trotz finanzieller Probleme in dem polnischen Teil des Odereinzugsgebietes, neben der kompletten Umsetzung des Programms zum Wiederaufbau der zerstörten Hochwasserschutzdeichen, neben der teilweise erfolgten Wiederherstellung von Flussbetten und der darin befindlichen Infrastruktur, auch zahlreiche Investitionen mit einer Bedeutung für den Hochwasserschutz realisiert wurden:

- die Staustufe Rogów an der Oder,
- das Speicherbecken Sosnówka im Einzugsgebiet des Flusses Bóbr,
- der im Rahmen des Hochwasserschutzes funktionierende Wasserknotenpunkt auf der Oder in Koźle,
- der im Rahmen des Hochwasserschutzes funktionierende Wasserknotenpunkt auf der Oder in Opole,
- die Staustufe Lipki an der Oder
- das Speicherbecken Topola an der Glatzer Neiße,
- das Speicherbecken Kozielno an demselben Fluss,
- es wurden Projekte neuer Investitionen wie das Speicherbecken Kamieniec Ząbkowicki aufgestellt.

Die Sommer- und Winterhochwasserprobleme sind weniger lästig dank dem Errichten von 10 modernen Staustufen mit einer veränderlichen Stauhöhe durch die polnische Wasserverwaltung der Oder; diese Staustufe haben die archaischen Konstruktionen aus der 19. Jh. ersetzt. Im Jahre 1958 wurde die neue Staustufe in Brzeg Dolny in Betrieb genommen. Zur Zeit laufen die Arbeiten an dem Bau einer modernen Staustufe Malczyce verbunden mit einem Wasserkraftwerk.

Es ist ein gesellschaftlicher Schaden, dass die Arbeiten an dem Bau der Staustufe Malczyce auf der Oder nur sehr langsam voranschreiten. Es handelt sich dabei um einen Oderabschnitt, wo die Oder eine viel höhere erosive Kraft besitzt, als die Bodenresistenz (der Boden, der das Flussbett bildet). Das Gefälle des Flussbettes beträgt ca. 2,7 – 3 m auf einem ca. 70 km langen Abschnitt.



Dies verursacht, dass der Fluss hier eine Dränwirkung hat, was den Zustand von großen Wald- und Ackergebieten beeinträchtigt. Es gibt eindeutige professionelle Studien über Entwicklung dieser Erscheinung, die die Wirtschaft der Region und der Flussnatur gefährden wird.

Darüber hinaus möchte ich Ihnen mitteilen, dass wir das einzige Land Europas sind, wo wegen der Hochwasserschäden ein großes Dorf mit ca. 70 Familien in Pilce in dem Einzugsgebiet der Glatzer Neiße auf Kosten des Staates gekauft wurde. Das fast 200 Jahre alte Dorf wurde abgerissen, weil es unbekümmert auf Überschwemmungsgebieten entstanden ist (...).

Eine direkte Tragödie für die Dorfbewohner war die Zerstörung von 2 großen Brücken (sie stammten noch aus der Zeit von vor dem 2. Weltkrieg), die enorme Hochwassermassen dämmten und stauten. Die beim Stauen von Wasser aufgebaute und durch die Zerstörung von den beiden Brücken freigesetzte Schlagkraft der Wassermassen war so stark, dass sie nur mit dem 1500-jährigen Hochwasser zu vergleichen war. Durch den Abriss des Dorfes und das Abkaufen von Ackergebieten und Auen wurde ein natürliches Überschwemmungsgebiet für den Fluss mit einer Kapazität von ca. 3 Mio. m³ geschaffen.

Am 5. September l.J. wurde eine Regierungsinvestition in Betrieb genommen, die erfolgreich Überschwemmungsgebiete vergrößert hat. Es handelt sich dabei um Polder Buków bei Racibórz. Dieser Oderpolder (obere Oder) ist ca. 710 ha groß und schafft die Möglichkeit, Hochwasserwelle zu steuern. Hochwasserkapazität beträgt 52 Mio. m³. Dieser Polder dient der Realisierung von früher erwähnten Grundlagen – der Reduzierung von Scheitelabflusswerten bei Hochwasserereignissen bei ihrem Entstehungsbereich, und nicht ihre Förderung flussab.

Es sollte im Rahmen dieses Berichts - der in der Kurzform präsentiert, wie die Hochwasserproblematik in Polen behandelt wird – daran erinnert werden, dass im Rahmen der für das Odereinzugsgebiet verantwortlichen Internationalen Kommission zum Schutz der Oder gegen Verunreinigung beschlossen wurde, eine Arbeitsgruppe einzurichten, deren Mitglieder sich mit dem Hochwasserschutz befassen. Polnische Seite ist ein aktiver Mitglied dieser Gruppe.

Im Rahmen dieser Kommission wurde die sogenannte „Gemeinsame Strategie und Grundsätze von Hochwasserschutzmaßnahmen im Odereinzugsgebiet“ entwickelt.

Dieses Dokument wurde weder mit den unabhängigen Spezialistengruppen konsultiert, noch der Öffentlichkeit vorgestellt, und somit noch nicht offiziell als eine für den Staat verbindliche Strategie bewilligt. Persönlich habe ich mehrere Anmerkungen zu den Grundlagen und dem Umfang der Strategie. Dennoch ist das Dokument das beste von allen anderen Studien, die für das Odereinzugsgebiet unter dem Namen „Strategie“ entwickelt wurden. Wichtig ist, dass diese Strategie nicht voraussetzt, dass Hochwasserschutzsysteme die Gefährdung für Menschen und Vermögen vollständig eliminieren, diese Gefährdung jedoch erfolgreich mindern können.

Bartosiewicz, S. (stellvertretender Direktor der Wasserwirtschaftsdirektion (RZGW) Breslau)



2.4 Dr. Jürgen Neumüller: *ODERREGIO* - Transnationale Konzeption zum vorsorgenden Hochwasserschutz im Einzugsgebiet der Oder

0. Zusammenfassung

Die „Transnationale Konzeption zur raumordnerischen Hochwasservorsorge im Einzugsgebiet der Oder – *ODERREGIO*“ ist ein Projekt im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative Interreg IIC der Europäischen Kommission. In einem kooperativen Prozess mit den maßgeblichen Akteuren aus der Republik Polen, der Tschechischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland wurden allgemeine Grundsätze und Ziele des vorsorgenden Hochwasserschutzes für das Einzugsgebiet der Oder aufgestellt und vereinbart. Für insgesamt 7 abgegrenzte Handlungsräume wurden erste Empfehlungen für die vorrangig notwendigen Maßnahmen gegeben. Das Projekt soll im Rahmen von Interreg IIIB und PHARE fortgesetzt werden. Ziel ist ein konkretes Handlungsprogramm zum vorsorgenden Hochwasserschutz.

1. Ausgangslage

An der Oder sind in den vergangenen Jahrzehnten und Jahrhunderten häufiger extreme Hochwasserereignisse aufgetreten, die beträchtliche Schäden hervorgerufen haben. Als jüngstes Ereignis ist das Sommerhochwasser von 1997 noch frisch in Erinnerung. Durch Überflutungen und Deichbrüche sind vor allem in der Republik Polen und in der Tschechischen Republik enorme materielle Schäden entstanden. Aber auch der Verlust von Menschenleben war zu beklagen (IKSO 1999, EUROPEAN COMMISSION 1999).

Dieses Extremereignis hat mit aller Deutlichkeit die Risiken in Erinnerung gerufen, die der Mensch durch Nutzung hochwassergefährdeter Gebiete eingeht. Es war gleichzeitig Anlass, darüber nachzudenken, welche Möglichkeiten bestehen, auf den Ablauf und die Auswirkungen von Hochwasserereignissen Einfluss zu nehmen.

Dabei hat sich – wie in anderen Flussgebieten – die Einsicht durchgesetzt, dass die anstehenden Aufgaben eine integrierte Sichtweise erfordern. Das heißt, dass sowohl eine flussgebietsweite Sicht der Dinge als auch die Einbeziehung unterschiedlicher Politikbereiche erforderlich ist (Heiland / DAPP 2001).

2. Das Projekt *ODERREGIO*

Das Projekt „*ODERREGIO* – Transnationale Konzeption zur raumordnerischen Hochwasservorsorge im Einzugsgebiet der Oder“ hat sich der Aufgabe gewidmet, einen integrierten Hochwasserschutz zu erreichen. Ziel des Projektes war es, Methoden und Handlungsschwerpunkte zur raumordnerischen Hochwasservorsorge für das Einzugsgebiet der Oder zu erarbeiten (BÖHM 2000, NEUMÜLLER 2000).



Die Erforderlichkeit, das gesamte Flussgebiet in die Betrachtung einzubeziehen, liegt auf der Hand. Das Extremhochwasser 1997 hat gezeigt, dass Hochwasser nicht an Grenzen halt macht und dass sehr wichtige Beziehungen zwischen Oberliegern und Unterliegern bestehen. Hochwasserschutz an der Oder ist damit eine transnationale Aufgabe der Anliegerstaaten Tschechische Republik, Republik Polen und Bundesrepublik Deutschland.

Hierzu konnten für das Projekt **ODERREGIO** die wesentlichen wasserwirtschaftlichen und raumordnerischen Akteure aus allen drei Staaten zur Mitarbeit in einem kooperativen Prozess gewonnen werden. In einer projektbegleitenden Arbeitsgruppe, in der über 30 Akteure mitwirkten, wurden Zwischenergebnisse zur Bestandsaufnahme und zur Potenzial- und Wirkungsanalyse präsentiert und diskutiert. Durch die aktive Mit- und Zusammenarbeit der Beteiligten konnte ihr Sachverstand und ihre Ortskenntnisse für das Projekt **ODERREGIO** gewinnbringend eingebunden werden.

Ebenso wurden die nationalen Planungen in das Projekt einbezogen (ZALESKI 2000, LUA 1998). Das polnische „Programm für die Oder – 2006“ (ODRA 2001) bildete dabei die zentrale Grundlage.

Im Ergebnis ist es gelungen, eine „Konzeption zur Hochwasservorsorge“ zu erarbeiten und transnational abzustimmen. In ihr werden allgemeine Grundsätze und Ziele des vorsorgenden Hochwasserschutzes formuliert. Darüber hinaus werden aber auch konkrete Handlungsmöglichkeiten für Teilräume empfohlen.

Dazu waren einige vorbereitende Arbeitsschritte notwendig. Sie werden im Folgenden beschrieben.

3. Arbeitsschritte

3.1 Bestandsaufnahme

Zu Beginn des Projektes **ODERREGIO** musste für das gesamte Einzugsgebiet der Oder (118.861 km²) eigens eine geeignete digitale Kartengrundlage geschaffen werden (vgl. Bild 1).

Die Schwierigkeit der Bestandsaufnahme bestand darin, für ein sehr großes Gebiet entsprechende Informationen zusammenzutragen. Hierzu wurden weitestgehend vorliegende Studien und Planungen ausgewertet, zum Teil aber auch eigene ergänzenden Erhebungen durchgeführt.

Zur Eingrenzung der überflutungsgefährdeten Gebiete wurde in einer ersten Näherung die Fläche der geomorphologischen Aue genutzt. Im Ergebnis wurden potenzielle Überflutungsflächen von insgesamt 6.678 km² ermittelt (vgl. Bild 2).

Zur Ermittlung des Hochwassergefährdungspotenzials wurde auf die realen Nutzungsdaten, so genannte CORINE-Land-Cover Daten, zurückgegriffen. Die insgesamt 44 erhobenen Nutzungskategorien wurden zu sechs Kategorien zusammengefasst, die für die Hochwasserbetrachtungen ausreichend differenzierte Aussagen zulassen. Es sind dies die Kategorien Siedlungsflächen, Industrieflächen, Infrastrukturen, landwirtschaftliche Flächen, Wald und naturnahe Flächen.



Aus der Verschneidung der

- Nutzungsdaten (CORINE-Land-Cover) mit den
- potenziellen Überflutungsflächen

konnte das Hochwassergefährdungspotenzial abgeschätzt werden. Danach wurden über 30 Städte als besondere Gefährdungsschwerpunkte (Hot Spots) entlang der Oder und ihrer Zuflüsse identifiziert.

3.2 Analyse

Die Beschränkung der Hochwassergefahr muss die Wirkungszusammenhänge und die unterschiedlichen Handlungsmöglichkeiten berücksichtigen. Dabei ist zwischen verschiedenen Fachdisziplinen und Fachverwaltungen zu unterscheiden. Eine besondere Bedeutung kommt dabei der Raumordnung und der Wasserwirtschaft zu. Aufgabe der Raumordnung ist es, durch eine Steuerung der Flächennutzungen sowie der Infrastruktur- und Siedlungsentwicklung die Hochwasserentstehung und vor allem die Schadenspotenziale zu vermindern (vgl. MKRO 2000). Damit kann sie die Wasserwirtschaft, die insbesondere durch Maßnahmen des technischen Hochwasserschutzes in der Vergangenheit die Hauptverantwortung für den Hochwasserschutz hatte, wirkungsvoll unterstützen.

In Tabelle 1 werden insgesamt sechs Handlungsfelder und zugeordnete Maßnahmen des vorsorgenden Hochwasserschutzes beschrieben (vgl. auch BÖHM ET AL. 1999).

Diese Handlungsfelder und die zugeordneten Maßnahmen des vorsorgenden Hochwasserschutzes wurden im Hinblick auf ihr Umsetzungspotenzial und ihre Wirkungen analysiert und bewertet. Eine Bewertung von Handlungsmöglichkeiten für den vorsorgenden Hochwasserschutz erfordert eine teilräumlich differenzierte Betrachtung. Daher wurde der Planungsraum in insgesamt neun Teilräume - so genannte Handlungsräume - untergliedert. Die Abgrenzung erfolgte so, dass in den jeweiligen Teilräumen relativ homogene Problemlagen und dadurch auch ähnliche Handlungsmöglichkeiten gegeben sind.

(Die zentralen Ergebnisse der Analyse sind in Bild 3 dargestellt.)

Die Wirksamkeit von Maßnahmen ist sehr vom betrachteten Hochwasserereignis abhängig. Insbesondere der Objektschutz durch technischen Hochwasserschutz ist auf Hochwasserereignisse einer bestimmten Wahrscheinlichkeit angelegt. Tritt eine Überschreitung dieses Bemessungsergebnisses ein, kann die Schutzaufgabe nicht mehr erfüllt werden und die Schutzeinrichtungen verlieren ihre Wirksamkeit. Hier wird bei der Analyse der Wirksamkeit von mittleren bis extremen Ereignissen, ähnlich dem Hochwasser 1997, ausgegangen.



3.3 Ableitung von Handlungsempfehlungen für Teilräume

Für jeden der gebildeten Teilräume wurde aufgrund der durchgeführten Analyse Handlungsempfehlungen abgeleitet. Beispielhaft sollen hier die Handlungsempfehlungen für den Raum E „Opole-Wrocław“ wiedergegeben werden:

„Die bereits zahlreich vorhandenen Retentionsräume müssen nicht nur gesichert und erhalten, sondern auch erweitert werden. Weitere Retentionsräume müssen neu geschaffen werden (z.B. Kotowice, Chrościce, żelazna II). Die Beschränkungen der landwirtschaftlichen Nutzung sind zu kompensieren. Die Polder müssen gesteuert sein, damit sie durch eine gezielte Kappung der Hochwasserspitzen die Gefährdung von Wrocław deutlich reduzieren. Die Ein- und Auslassbauwerke auch an den vorhandenen Poldern müssen dafür nachgerüstet werden.

Der Ausbau des Hochwassermeldesystems und die damit verbundene Verbesserung der Hochwasservorhersage muss mit höchster Priorität verfolgt werden.

Durch spezielle Hochwasserschutzkonzepte für den Wrocławski Węzeł Wodny muss das sehr große Schadenspotential deutlich reduziert werden. Bestandteil dieser Konzepte muss ein Bündel von Maßnahmen der Flächen-, Bau- und Verhaltensvorsorge sein.

Aufgrund des großen Schadenspotenzials für Wrocław sollte hier auch das technische Hochwasserschutzniveau besonders hoch (Wiederkehrintervall 200 Jahre) gewählt werden. Dadurch wird ein verbesserter Objektschutz durch technische Maßnahmen notwendig. Im Fall negativer Wirkungen für die unten liegenden Räume (insbesondere Raum "F - Wrocław-Mündung Lausitzer Neisse") müssen geeignete Ausgleichsmaßnahmen ergriffen werden.“ (INFRASTRUKTUR & UMWELT ET AL. 2001, S. 68f).

3.4 Zusammenfassung der Ergebnisse

Mit der jetzt abgeschlossenen Phase des Projektes **ODERREGIO** konnten folgende Ergebnisse erreicht werden:

- a) Es wurde eine tragfähige Arbeitsstruktur geschaffen,
 - die von Vertretern der Verwaltungen aus Deutschland, Polen und Tschechien gebildet wird,
 - in der sowohl die Raumordnung und Landesplanung als auch die Wasserwirtschaft vertreten sind,
 - die eine Abstimmung mit den Arbeiten legitimerer Initiativen wie der "Stettiner Initiative" und der IKSO gewährleistet.
- b) Es wurden allgemeine Grundsätze und Ziele der raumordnerischen Hochwasservorsorge im Einzugsgebiet der Oder erarbeitet und abgestimmt.
- c) Diese Grundsätze und Ziele wurden für einzelne Teilräume (Handlungsräume) konkretisiert und entsprechende Handlungserfordernisse benannt.



- d) Die Ergebnisse finden Eingang in die Beratungen der "Stettiner Initiative" (Unterzeichnung einer Erklärung von den zuständigen Ministern für Raumordnung der Staaten Bundesrepublik Deutschland, Republik Polen und Tschechische Republik am 29. Juni 2001) und in die Arbeiten zum "Aktionsprogramm Hochwasser" der IKSO (vgl. IKSO 2001).

Damit leistet das Projekt **ODERREGIO** einen wichtigen Beitrag zu einem trinational abgestimmten und integrierten Handeln zur Hochwasservorsorge im Einzugsgebiet der Oder.

4. Ausblick

Die vorgelegte „Konzeption zur Hochwasservorsorge“ ist ein wichtiger erster Schritt zum vorsorgenden Hochwasserschutz im Einzugsgebiet der Oder. Es besteht ein großer Bedarf, die hier erarbeiteten konzeptionellen Vorstellungen in den drei beteiligten Staaten in einem gemeinsamen polnisch-tschechisch-deutschen

- *Handlungsprogramm* „Vorsorgender raumordnerischer Hochwasserschutz im Einzugsgebiet der Oder“

umzusetzen, bevor die katastrophalen Auswirkungen des Hochwasserereignisses von 1997 (74 Tote, geschätzter ökonomischer Schaden von 3 bis 4 Mrd. EURO) in Vergessenheit geraten.

In diesem Handlungsprogramm sind konkrete Maßnahmen festzulegen. Diese Maßnahmen sind durch nationale oder transnationale Aktivitäten zu realisieren.

Entscheidend für den Erfolg des Handlungsprogrammes ist es, den begonnenen transnationalen und fachübergreifenden Diskurs weiterzuführen und die vorhandene fachliche und politische Basis noch weiter zu festigen. Es wird empfohlen, die im Rahmen von **ODERREGIO** aufgebauten tragfähigen transnationalen Kontakte und die bereits erarbeiteten Ergebnisse zu nutzen und zu vertiefen.

Für die Finanzierung der weiteren Arbeiten sollten, vor dem Hintergrund der europäischen Erweiterung, insbesondere die Möglichkeiten des Förderinstrumentes INTERREG III in Verbindung mit nationalen Co-Finanzierungen genutzt werden.

Neumüller, J. (Büro Infrastruktur und Umwelt, Potsdam)



Danksagung



Das Projekt **ODERREGIO** wurde im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative INTERREG IIC der Europäischen Kommission gefördert (Laufzeit Dezember 1999 bis Juni 2001, Finanzvolumen 230 Tsd. EURO).

Die Bearbeitung erfolgte im Auftrag der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin / Brandenburg und des Sächsischen Staatsministeriums des Innern durch eine Arbeitsgemeinschaft von INFRASTRUKTUR & UMWELT, Prof. Böhm und Partner, Ruiz Rodriguez + Zeissler sowie dem Fachgebiet Umwelt- und Raumplanung der Technischen Universität Darmstadt.

Verwendete Literatur

Böhm, H. R.; Heiland, P.; Dapp, K. (1999): Anforderungen des vorsorgenden Hochwasserschutzes an Raumordnung, Landes-/Regionalplanung, Stadtplanung und die Umweltfachplanungen – Empfehlungen für die Weiterentwicklung; Umweltbundesamt – Texte 45/99, Berlin 1999

Böhm, H.R.; Neumüller, J. (2000): Transnationale Konzeption zur raumordnerischen Hochwasservorsorge im Einzugsgebiet der Oder, in: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung des Landes Berlin / Ministerium für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung Brandenburg (Hrsg.), Europäische Zusammenarbeit durch transnationale Projekte zur Raumentwicklung in Mittel- und Osteuropa am 3. Juli 2000 in Berlin

European Commission (Hrsg.) (1999): Proceedings of the European Expert Meeting on the Oder Flood 1997, 18 May 1998, Potsdam, Germany

Heiland, P.; Dapp K. (2001): Fortschritte beim vorsorgenden Hochwasserschutz durch die Raumordnung - Nationale und transnationale raumordnerische Ansätze am Beispiel der europäischen Flussgebiete des Rheins und der Oder; in: Raumforschung und Raumordnung (RuR), Heft 5-6 / 2001

INFRASTRUKTUR & UMWELT, Ruiz Rodriguez + Zeisler, Technische Universität Darmstadt (2001): Transnationale Konzeption zur raumordnerischen Hochwasservorsorge im Einzugsgebiet der Oder, Endbericht, Juni 2001, Darmstadt/Potsdam/Wiesbaden

Internationale Kommission zum Schutz der Oder IKSO (1999): Das Oderhochwasser 1997, Wrocław 1999



- Internationale Kommission zum Schutz der Oder IKSO (2001): Aktionsprogramm Hochwasserschutz im Einzugsgebiet der Oder (Entwurf), Wrocław
- Landesumweltamt Brandenburg LUA (1998): Sicherheit und Zukunft für die Oderregion – Programm der Landesregierung Brandenburg vom 25. November 1997
- Ministerkonferenz für Raumordnung MKRO (2000): Vorbeugender Hochwasserschutz durch die Raumordnung, Handlungsempfehlungen der Ministerkonferenz für Raumordnung zum vorbeugenden Hochwasserschutz vom 14. Juni 2000
- Neumüller, J.; Böhm, H.R. (2000): Transnational Conception for River Flood Prevention through Spatial Planning, in: Postdam Institute for Climate Impact Research (Hrsg.), European Conference on Advances in Flood Research, PIK Report No. 65, Potsdam
- ODRA (2001): Gesetz über die Festsetzung des langjährigen „Programms für die Oder – 2006“ vom 6. Juli 2001, Gesetzesblatt Nr. 98/2001
- Zaleski, J. (2000): Programm für die Oder 2006, in: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung des Landes Berlin / Ministerium für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung Brandenburg (Hrsg.), Europäische Zusammenarbeit durch transnationale Projekte zur Raumentwicklung in Mittel- und Osteuropa am 3. Juli 2000 in Berlin



2.5 G. Nagl: Ökologischer Hochwasserschutz: Raum für naturnahe Gewässer, Auen und Feuchtgebiete – Schutz für die Menschen

Hochwasserschutz – Schutz des Menschen

Hochwasserschutz ist eine wichtige Aufgabe, die Sicherheit der Menschen vor Katastrophen und Gefährdung ist auch dem Naturschutz ein Anliegen. Der Schutz der Menschen kann jedoch dauerhaft und wirksam nicht gegen die Natur und ihre Kräfte erreicht werden. Deshalb ist es auch für den Schutz der Menschen wichtig, die Bedingungen des Entstehens von Hochwasser und Überschwemmungen und ihre Verschärfung durch Eingriffe in den Naturhaushalt zu verstehen. Zugleich sollte die große Bedeutung von Hochwasser für die Ökosysteme Fluss und Aue erkannt werden, um in der Synthese von Menschen- und Naturschutz einen ökologischen Hochwasserschutz zu erreichen.

Der Schock der großen Katastrophe an der Elbe (und der Donau in Passau und Österreich) eröffnet die Chance, Hochwasserschutz in Zukunft nachhaltig zu gestalten. Die Häufung der extremen Hochwasserereignisse im letzten Jahrzehnt und die Ergebnisse der Klimaforschung zeigen, dass die Gefahr wohl zunimmt, das Risiko oft höher einzustufen ist, als bisher berechnet und dass der alte Hochwasserschutz längst an seine Grenzen gekommen ist.

Hochwasser ein natürlicher und notwendiger Prozess

Hochwasser und Überschwemmungen prägen natürliche und naturnahe Flüsse und ihre Auen. Flußauen sind Überschwemmungsgebiete und gehören zu den ökologisch wertvollsten Gebieten in unserer Landschaft. Ihre Erhaltung ist von der Überschwemmung durch den Fluss abhängig. Die Tiere und Pflanzen der Auen sind an die Dynamik des Wassers angepasst. Bleibt die aus, werden sie verdrängt und sterben langfristig aus.

Auch der Fluss selbst braucht Hochwasser, um seine Sohle und Ufer, seinen Lauf als Lebensraum zu erhalten und dynamisch neu zu gestalten. Die Bewegung des Grundwassers hängt eng mit dem Wasserstand des Flusses zusammen. Aus ökologischer Sicht sind Hochwasser und Überschwemmungen nichts Negatives, sondern Grundlage für das Funktionieren der Ökosysteme Fluss und Aue.

Verbauung der Flüsse und Auen

Hochwasser ist grundsätzlich ein Naturereignis. Es hat natürliche Ursachen (starke Regenfälle, Schneeschmelze), kann also nicht verhindert werden. Die Auswirkungen menschlichen Handelns können es verstärken, aber der Mensch muss mit dem Hochwasser leben, wie auch die Natur damit und davon lebt. Die Art, wie man in den letzten Jahrzehnten mit unseren Flüssen und Auen umging, hat das weitgehend ignoriert. Unsere Flüsse wurden immer mehr zu Kanälen mit Stau-



stufen ausgebaut. Möglichst nahe am Fluss wurden die Deiche immer höher, um mit Ingenieurskunst das Land dahinter in Maisäcker und Baugebiete verwandeln zu können. Mit diesen Bau- und Gewerbegebieten wurden große Werte in gefährdete Gebiete gesetzt. Das ist auch der wesentliche Grund für die immer größeren Schäden durch Überschwemmungen.

Am Rhein wurde genau nachgewiesen, dass die Verstärkung der Hochwasser-Ereignisse vor allem auf den Bau der Staustufen und den damit verbundenen Auenverlust zurückzuführen ist. Von früher (1800) 1000 km² Überschwemmungsflächen sind dem Rhein gerade noch 130 km² übrig geblieben.

An den anderen Flüssen sieht es nicht viel besser aus. Die Elbe-Katastrophe hat gezeigt, dass diese Politik zu katastrophalen Ergebnissen führen kann. Die alte Politik, die Flüsse einzuzwängen, zu stauen und von den Auen abzuschneiden, hat die Hochwassergefahr nur verschärft. Wir brauchen dringend einen grundlegenden Kurswechsel im Umgang mit unseren Flüssen und Auen.

Keine weitere Verbauung unserer Flüsse und Auen! Keine weiteren Staustufen, keine weiteren Verbauungen der Ufer außerhalb von Siedlungsgebieten, keine neuen Baugebiete in den ehemaligen Überschwemmungsaunen!

Kurswechsel: Ausbaustopp und Rückbau

Damit ist es aber noch bei weitem nicht getan. Ein Kurswechsel bedeutet nicht nur das Ende der Ausbaupolitik, er muss die Wiedergutmachung an Fluss und Aue in Angriff nehmen. Das bedeutet, nachdem Eingriffe und Zerstörungen von großem Ausmaß waren, dass ein Rückbau in großem Stil nötig ist. Die Deiche müssen auf großen Flächen zurückverlegt werden. Im Wasserhaushaltsgesetz (§ 32) heißt es als Konsequenz aus den großen Hochwasser-Ereignissen am Rhein 1993 und 1995 seit Jahren: „Frühere Überschwemmungsgebiete, die als Rückhalteflächen geeignet sind, sollen so weit wie möglich wiederhergestellt werden...“ Dieser Gesetzesauftrag muss endlich ernst genommen und überall im Land durchgesetzt werden. Die Wiedergutmachung muss aber auch die kanalisierten und gestauten Flussläufe selbst einschließen.

Flüsse müssen sich außerhalb von Siedlungen wieder „entgradigen“ dürfen, sie sollen die zerstörerische Energie großer Hochwasser-Ereignisse naturnah am Ufer abarbeiten und damit zugleich ihre Eintiefung verhindern. Die Natur regelt viel selbst, wenn man sie nur lässt. Wo es möglich ist, sollten „Korsette“ und „Friedhofsmauern“ der Flüsse, d.h. Uferversteinungen und Staumauern, zurückgebaut werden. Das wäre nicht nur ein wichtiger Beitrag, um Hochwasser- und Naturschutz zu verbinden. Das wäre auch der „gute Zustand“ eines Fließgewässers, der nach der europäischen Wasserrahmenrichtlinie so weit wie möglich wieder hergestellt werden soll.



Ökostrom aus Staustufen?

Staustufen, die Fließgewässer zu Stauseeketten werden lassen, in denen die ans fließende Wasser angepassten Tiere und Pflanzen aussterben, erscheinen in der Fließgewässerökologie und im ökologischen Hochwasserschutz negativ und zerstörerisch. Es muss aber an der Stelle auch davon gesprochen werden, dass zumindest in größeren Teilen der Umweltpolitik und in der Umweltverbände so etwas für den Umweltschutz sogar propagiert und gefördert wird. Vermeintlich sauberer sogenannter „Ökostrom“ aus Wasserkraftwerken soll zum Klimaschutz beitragen. Gerade wurde in Johannesburg auch als Klimaschutz-Forderung als Konsequenz aus den Überschwemmungen ein enormer Ausbau der erneuerbaren Energien gefordert. Dabei heißt das praktisch, die weitere Zerstörung von Flüssen und die Erhöhung der Überschwemmungsgefahr durch weltweit jährlich Zehntausende neue Staustufen umweltpolitisch auch noch abzusegnet!

In Europa wird das Ziel des Ausbaus der erneuerbaren Energien mit undifferenzierter Einbeziehung der Wasserkraft ebenfalls weiter verfolgt, obwohl schon 70 bis 80 % der Flüsse durch Verbauung schwer geschädigt sind. Es gibt bessere Wege, das Klima zu schützen. Umweltpolitik sollte ganzheitlich denken, d.h. Klimaschutz, Hochwasserschutz, Gewässerschutz und Naturschutz miteinander verbinden.

Ökologischer Hochwasserschutz als politische Aufgabe

An den Flüssen und in den Auen muss in Zukunft der ökologische Hochwasserschutz Priorität vor allen anderen Nutzungen haben. Das betrifft Binnenschifffahrt, Stromerzeugung, Siedlungs- und Verkehrsentwicklung und auch die Landnutzung. In diesem Zusammenhang ist auch zu prüfen, wie sich wirkliche oder vermeintliche Rechtshürden für einen besseren und naturverträglichen Hochwasserschutz (Sicherung von Überschwemmungsgebieten hinter ausgebauten Deichen, gemeindliche Planungshoheit) auswirken. Die Paragraphen 31 und 32 des Wasserhaushaltsgesetzes zum Schutz und zur Wiederherstellung naturnaher Flüsse und Überschwemmungsgebiete sind gut. Sie umfassend und auch dort anzuwenden, wo es konkurrierende Ansprüche gibt, ist eine politische Aufgabe.

Wenn sich in der Politik aber etwas bewegen soll, braucht es den Druck der Umweltverbände. Die haben zum Teil großartige und zähe Arbeit an den großen Flüssen geleistet, für die ich meinen Freunden an Rhein, Donau, Elbe, Havel und Oder danken möchte. Manchmal war aber auch in den Verbänden der Fluss- und Auenschutz nur ein Randthema. In Zukunft sollte er immer ein Grundelement von Umweltpolitik sein.

Landnutzung und Hochwasserschutz

Ökologischer Hochwasserschutz bedeutet mehr, als Flüsse und Auen zu schützen. Er ist vorsorgender Hochwasserschutz und beginnt damit beim Regentropfen. Auf der gesamten Fläche ist immer auch an den Hochwasserschutz zu denken. Es gilt, vom Niederschlag möglichst viel mög-



lichst lang zurückzuhalten. Sehr lange wurde voll in die entgegengesetzte Richtung gearbeitet: Wasser sollte möglichst schnell abfließen. Die wirkliche Kurswende steht auch hier noch aus. Der nach wie vor ungebremste Flächenverbrauch für Strassen und Baugebiete, der Landschaft frisst und versiegelt muss bald beendet werden. In bestehenden Siedlungen kann noch viel für die Versickerung von Regenwasser getan werden. In der Landwirtschaft kann mit schonender, ökologischer oder konservierender Bodenbearbeitung Wasserabfluss reduziert werden. Eine naturnahe Forstwirtschaft trägt dazu ebenso bei, wie die weitere Reduzierung der Luftschadstoffe, die Bäume und Klima schädigen.

Klimaschutz und Hochwasserschutz

Die Klimaentwicklung ist, wie zu Anfang schon angesprochen, ein wichtiger Faktor für die Zunahme von größeren Hochwasser-Ereignissen. Wir müssen auch die Energie- und Verkehrspolitik ändern, fossile Rohstoffe sparen und Energie effizienter nutzen, nicht nur, um einen Beitrag zum Hochwasserschutz zu leisten. Ein Problem jagt das andere, mit einer ganzheitlichen Betrachtung vermeiden wir Fehler bei der Problemlösung. Während jedoch unsere Beiträge zum Klimaschutz von Ländern wie China oder USA konterkariert werden können, kann der ökologische Hochwasserschutz mit einem verbesserten Wasserhaushalt in der Landschaft und am und im Fluss unmittelbar Verbesserungen bringen. Doch auch da ist ein langer Atem nötig. Allzu schnell werden Katastrophen vergessen.

Artenschutz

Ökologischer Hochwasserschutz will den Schutz der Menschen und den Schutz der Natur zusammenbringen. Bei Fließgewässern, Auen und Feuchtgebieten gibt es noch eine Katastrophe: Die für die Artenvielfalt der Tiere und Pflanzen. Leider blieb die in der Politik und in der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt, weil eine schleichende Katastrophe meist nicht wahrgenommen wird und der normale Bürger zu wenig weiß, was ein gestautes Gewässer oder eine abgetrennte Aue für die Artenvielfalt bedeuten. Die Roten Listen der gefährdeten Tiere und Pflanzen sind bei den vom Wasser geprägten Ökosystemen besonders lang. Die Verpflichtung der Konvention über die Erhaltung der Artenvielfalt (wie der Klimaschutz in Rio 1992 beschlossen) kann über den Kurswechsel zu einem ökologisch ausgerichteten Hochwasserschutz für Fluss und Aue eingelöst werden.

Was ist wirklich ökologisch?

Da heute Begriffe wie „ökologisch“ wohlfeil und in aller Munde sind, muss man auch beim Hochwasserschutz etwas genauer hinschauen. Sicher gibt es Deich-Rückverlegungen und ökologische Vorzeigeprojekte. Das meiste Geld wird aber nach wie vor ganz überwiegend für den technischen Hochwasserschutz ausgegeben: Deicherhöhung, Bau von Hochwasser- und Regenrückhaltebe-



cken, von Poldern, die nicht naturverträglich sind. Ein wirklicher Kurswechsel zum ökologischen Hochwasserschutz muss den ökologischen Lösungen Vorrang vor den technischen einräumen. Es gibt keine Alternative dazu, den Flüssen wieder Raum und mehr Freiheit zu geben. Anlagen für den technischen Hochwasserschutz sollten nur noch gebaut werden, wo nachprüfbar keine naturnahen Lösungen möglich sind. Dabei ist die Lösung Rückhaltebecken statt Wiederherstellung von Mooren und Feuchtgebieten zwar oft unmittelbar effektiver und braucht weniger Fläche. Ein darauf hin gerechneter Kosten-Nutzen-Vergleich darf aber nicht vorschnell zur Grundlage von Entscheidungen gemacht werden. Die technischen Lösungen sind weitere Eingriffe in den Naturhaushalt. Wirklich ökologische Lösungen richten sich an einer Wiederherstellung von Ökosystemfunktionen aus und ergeben mit der Biodiversität als bei Planungen immer zu berücksichtigender Kategorie auch für die Menschen einen Gewinn an Naturlandschaft. Sie sind deshalb die wirklich nachhaltigen Lösungen.

Flächendeckender Hochwasserschutz statt Vorzeige-Projekte

Ökologische Lösungen, die einer Gefahr entsprechend der Elbe-Katastrophe entgegenwirken könnten, dürfen nicht auf der Ebene der kleinen und feinen Vorzeigeprojekte bleiben. Statt Poldern, in denen das Wasser meterhoch steht, sollten Auen wieder, wenigstens außerhalb von Siedlungen, breit durchflossen werden können. Begradigte, gestaute, sich eintiefende Fließgewässer müssen im Gesamtzusammenhang wieder renaturiert werden. Die europäische Wasserrahmenrichtlinie bietet diesen übergreifenden Ansatz. Für den ökologischen Hochwasserschutz sollte der entsprechend auf Auen, Feuchtgebiete und Landnutzung ausgeweitet werden.

Beteiligung der Öffentlichkeit und der Naturschutzverbände

Ohne qualitativ neue Anstrengungen zur Einbeziehung und Information der Umweltverbände und der Öffentlichkeit wird vieles von den guten Vorsätzen wieder stecken bleiben. Frühzeitige und umfassende Beteiligung der Bürger und Gewässerschützer im Sinne der Agenda 21 steht in der Flusspolitik und im Hochwasserschutz als dringende Aufgabe weiter auf der Tagesordnung.

Darauf wird oft erwidert, z.B. die Landwirte als Bewohner und Nutzer der Aue würden dann alle Lösungen blockieren. Das zeigt aber eher die Ansätze, die zu kurz greifen. Bisher hat die Wasserwirtschaft ihre Energie und ihre Mittel oft darauf konzentriert, Uferstreifen zu erwerben.

Der ökologische Hochwasserschutz braucht jedoch die ganze Aue, und damit auch die Landwirte, die nicht aus den Auen verdrängt werden sollen, sondern ihre Maisäcker wieder in extensivere, auenverträgliche Nutzungsformen überführen sollen. Das zu bewerkstelligen erfordert viel Geduld, Beratung, Förderung. Die Auen und ihre Nutzer müssen wieder mit dem Hochwasser leben und wirtschaften. Da die Landnutzung (Bodenverdichtung, Hangbewirtschaftung) auch außerhalb der Auen ein wichtiger Faktor für den Hochwasserschutz ist, ist die Agrarpolitik gefordert, mit



Geld, neuen Konzepten und einer Umstrukturierung der Förderung zum ökologischen Hochwasserschutz beizutragen.

Viel Schaden hat etwa die Maisprämie angerichtet. So lange gegen die Natur für den Landwirt mehr Geld herauspringt, bleiben die schönen Konzepte Makulatur. Auch in diesem Bereich ist also ein entschlossener Kurswechsel einzufordern.

Arten- und Biotopschutz

Wirklicher ökologischer Hochwasserschutz beschränkt sich nicht auf funktionale Lösungen, sondern bezieht den Arten- und Biotopschutz als wesentliches Element aller Konzepte und Maßnahmen ein. Naturdynamik und extensive Nutzung sind die grundlegenden Komponenten dafür. Als Fachmann für Arten- und Biotopschutz verfolge ich mit Sorge, wie die Aufforstung von Wiesenhängen und Auengrünland nicht selten von Wasserwirtschaft, Land- und Forstwirtschaft sogar gemeinsam mit dem Naturschutz mit Begeisterung verfolgt wird. Dabei gibt es die meisten gefährdeten oder sogar vom Aussterben bedrohten Arten gerade dort. Die Liste reicht vom Großen Brachvogel bis zum Spießblättrigen Helmkraut. Die Arten der Wälder sind insgesamt weniger gefährdet (wenn, dann meist wegen des Fehlens alter Bäume und nicht, weil es zu wenig Wald gibt), Aufforstung ist in den Roten Listen regelmäßig als Gefährdungsursache aufgeführt.

Es ist aber auch funktional so, dass eine Dauerwiese am Hang bessere Abflusswerte hat, als eine mittlere Waldlage. Zum Naturfluss gehört nicht nur Auwald, dazu gehören auch offene Flächen, die der Fluss früher mit viel Geschiebe bei Hochwasser immer wieder geschaffen hat, die dann auch von den großen Pflanzenfressern offen gehalten wurden. Mir ist auch noch kein Aufforstungsprojekt bekannt, das genau untersucht hätte, was durch diese Maßnahme verdrängt wurde. Die extensive Grünlandnutzung früherer Zeiten kann in vielen Auengebieten ein großes Artenspektrum erhalten und z.B. mit einer wenig arbeitsintensiven Beweidung auch in der Krise der Intensivlandwirtschaft Zukunftschancen für eine nachhaltige Nutzung bieten.

Die Zukunft der Auwälder

Mit einer Reduzierung von Ackerflächen am Fluss und in der Aue könnte auch wieder mehr Auwald entstehen. Wenn ökologischer Hochwasserschutz wirklich umgesetzt wird, können Auwälder von selbst wieder mehr entstehen. Auwälder, die von der Flussdynamik und den Überschwemmungen abhängen, brauchen nicht gepflanzt werden. Mit etwas Geduld kann man auf dem offenen Boden, den ein Hochwasser wieder schaffen kann, das Keimen von Purpur- oder Silberweiden verfolgen.

Das Hauptproblem für die Auwälder am Fluss ist, dass sehr viele der alten und artenreichen Auwälder von ihrer Existenzgrundlage, den Überschwemmungen, hinter einem Deich abgeschnitten und damit langfristig zum Sterben verurteilt sind. Hier setzt die wirklich wichtige Aufgabe am Schnittpunkt von ökologischem Hochwasserschutz und Naturschutz an: Die Deiche müssen zu-



rückverlegt werden, um mit den wiederkehrenden Überschwemmungen die Substanz der alten Auwälder zu sichern und Verjüngung (aber durchaus auch Neuentstehung) mit der Flussdynamik wieder zu ermöglichen.

Auch die Eintiefung von Flüssen durch Begradigung und Verbauung ist ein ernsthaftes Problem für die Zukunft von Auwäldern, wenn das Hochwasser dadurch nicht mehr in die ehemaligen Überschwemmungsgebiete gelangt. Ökologischer Hochwasserschutz als Auenschutz muss auch das Problem der Eintiefung (z.B. durch Rückbau, Seitenerosion, Geschiebe zur Sohlstabilisierung oder -anhebung) bewältigen, um Auwald zu retten. Das ist zugleich die Schutzfunktion für die Unterlieger am Fluss: Das Hochwasser soll in die ehemaligen Auen, um sie zu erhalten und zugleich die Menschen in den Städten zu schützen.

Trockenbiotope in der Aue

Zu wenig wird bisher auch auf die Trockenbiotope und ihren Verbund in der Aue geachtet. Sie gehören zu den am meisten gefährdeten Lebensräumen der Aue. Die durch Kies- und Sand geprägten Flächen und Erhebungen wurden umgepflügt, abgebaut, aufgeforstet. Ihre Flora und Fauna hat sich zum Teil auf den Hochwasserdeichen erhalten, die zugleich einen linearen Biotopverbund darstellen. Eine Rückverlegung von Deichen sollte daher nicht die komplette Beseitigung der alten Deiche bedeuten, sondern vor allem ihre Durchlässigkeit bzw. Unterbrechung, dass der Durchfluss in der Aue wieder möglich wird. Wo der Mensch die Flussdynamik so weit eingeschränkt hat, dass diese trockenen Lebensräume nicht mehr neu entstehen können, kann auch mal Biotopmanagement gemacht werden.

Ähnliches gilt für den Lebensraum Gräben, Rückzugsgebiete für offene, feuchte Störstellen und Rinnen in der Aue, meist durch Hochwasser entstanden. Ökologischer Hochwasserschutz schafft wieder Grund-Lebensbedingungen der Aue. Da er aber meist nicht mehr die volle Dynamik und damit das ganze Spektrum der Natur-Flusslandschaft wieder herstellen kann, sollte er auf das besonders Rücksicht nehmen, was davon übrig geblieben ist.

Eine Katastrophe ist auch eine Chance

Die Hochwasserkatastrophen an Oder und Elbe zeigen, dass der alte Hochwasserschutz nicht ausreicht, um die Menschen bei künftigen Ereignissen, die mit der Klimaentwicklung wohl gefährlicher und häufiger werden, ausreichend zu schützen.

Ein grundlegender Kurswechsel im Umgang mit Flüssen und Auen verbessert nicht nur den Hochwasserschutz. Ökologischer Hochwasserschutz bringt die Chance, den Schutz von Mensch und Natur einzigartig miteinander zu verbinden. Es darf keine weitere Verbauung unserer Flüsse geben, Hochwasserschutz und Ökosystemschutz müssen Vorrang vor anderen Nutzungsansprüchen haben.



Ernsthafter ökologischer Hochwasserschutz braucht große Lösungen, große Flächen und eine Rücknahme von Eingriffen in Fluss und Aue. Ökologischer Hochwasserschutz bedeutet auch ein Ende des Flächenverbrauchs, eine veränderte Landnutzung und die Renaturierung von Feuchtgebieten.

Der Wiederherstellung der natürlichen Rückhaltesysteme muss in einer Zeit, wo alles technisch machbar erscheint, ganz bewusst die Priorität vor technischen Lösungen eingeräumt werden. Aber auch der ökologische Hochwasserschutz darf nicht bloß funktional denken, sondern sollte Arten- und Biotopschutz und auenverträgliche nachhaltige Nutzung immer einbeziehen. Natürlich stehen dem ökologischen Hochwasserschutz in unserer dicht besiedelten Landschaft heute nicht mehr alle Möglichkeiten offen, aber wenn die noch bestehenden Möglichkeiten konsequent genutzt werden, ist das eine großartige Perspektive für nachhaltige Entwicklung.

G. Nagl (BUND Bayern, BAK Wasser)

Mehr dazu:

Ökologischer Hochwasserschutz. Raum für naturnahe Gewässer, Auen und Feuchtgebiete – Schutz für die Menschen, Reihe BUND-Hintergrund,
Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND),
Am Köllnischen Park 1,
10179 Berlin,
Tel. 030/27586-40 (Fax -440),
info@bund.net, www.bund.net



2.6 Gawlik, R.: Resümee

- Protokoll zum Vortrag -

Fünf Jahre nach dem Oder-Hochwasser am 5. Juli in Slubice

Wir haben heute eine Vielzahl von interessanten Referaten aus den unterschiedlichsten Bereichen gehört. Im Bereich Hochwasserschutz sehen wir eine deutliche Verbesserung im Odereinzugsgebiet. Die Initiative der IKSO zu einem Hochwasserschutzprogramm war wichtig und richtig, die Arbeitsgruppe hat sehr gute Unterlagen erarbeitet. Hier ist entscheidend: Hochwasserschutz muss ein internationales Anliegen sein. Die wichtigste Frage lautet: Wie ist die gemeinsame Strategie gegenüber dem ‚Programm für die Oder 2006 und was kann davon auch wirklich umgesetzt werden.

Es gab in der Vergangenheit eine Vielzahl von kleineren Hochwassern. Es war der Glaube weit verbreitet, es würde genügen, wenn wir Dämme bauen und Flüsse zügelnd. Doch das Hochwasser von 1997 hat uns gezeigt, dass es keine absolute Sicherheit gibt. Ein sicherer Hochwasserschutz an der Oder sei durch Dämme und Deiche nicht technisch machbar. In den westlichen Landesteilen Deutschlands ist man da schon sehr viel weiter. Dort lautet längst das Motto: Gebt den Flüssen ihren Raum. Naturschützer sind nicht gegen Technik, diese schafft aber nur die Illusion eines Schutzes.

Die Finanzmittel für die Umsetzung sind sicher das größte Problem. Man kann nämlich nicht alles realisieren, was notwendig ist. Keine Maßnahmen des Programms für die Oder 2006 sind gesichert. Naturschützer sind skeptisch. Viele Personen sind für die Regulation der Flüsse. Es gibt aber viele kritische Stimmen seitens der Naturschützer. Öffentlicher Protest sollte erfolgen, wenn Fördergelder nur auf die Technik konzentriert werden. Das kann durchaus tragisch ausgehen. Vor einer Woche (Ende August) hatten wir in Niederschlesien über 1 m Wasser auf den Straßen. Wettervorhersage: Fehlanzeige, obwohl das Prognoseinstrument gerade für solch starke Niederschläge eingerichtet wurde und sehr viel Geld verschlungen hat.

Die Schaffung von Retentionsflächen kann eine Möglichkeit sein, Hochwasserspitzen zu reduzieren und gleichzeitig dem Fluss seine Auen zu erhalten bzw. zurückzugeben.

Gawlik (ehem. Staatssekretär im polnischen Umweltministerium, heute Vorsitzender der Niederschlesischen Stiftung nachhaltige Entwicklung, Breslau)

Protokollant: Albert Wotke



2.7 BUND-Forderungen für einen ökologischen Hochwasserschutz

Angesichts der katastrophalen Hochwasserflut an Donau, Elbe und Mulde fordert der BUND eine grundlegende Neuorientierung in der Fluss- und Raumordnungspolitik. Das ungeheure Ausmaß der Flutkatastrophe - mit ihren menschlichen Schicksalen und immensen Folgekosten - ist auf einen mangelhaften vorsorgenden Umwelt- und Naturschutz zurückzuführen. Auch wenn es derzeit gilt, die akute Zerstörung und Not zu lindern und weitere Umweltschäden zu vermeiden, müssen jetzt gleichzeitig die Grundlagen für eine ökologische Hochwasservorsorge gelegt werden.

Ursachen für Hochwasserkatastrophen

Wetterextreme: Anzeichen für den Klimawandel

Heftige Regenfälle und daraus resultierende Hochwasser sind ein unabänderliches Naturereignis. Die Häufung von überdurchschnittlichen Niederschlagsereignissen und Hochwässern seit Mitte der 80er Jahre ist jedoch frappierend. "Jahrhunderthochwasser" traten beispielsweise 1983, 1988, 1993 und 1995 am Rhein, 1988 und 1999 an der Donau und im Sommer 1997 an der Oder auf. Durch den vom Menschen beeinflussten Klimawandel müssen wir auch in Zukunft vermehrt mit extremen Wetterlagen und überdurchschnittlichen Regenfällen rechnen (zur Entwicklung der Schadenshöhe bei Naturkatastrophen seit 1950 vgl. Anlagen 1 + 2, zu den Forderungen zum Klimaschutz vgl. BUND: Forderungen zur Bundestagswahl, Berlin 2002).

Hochwasserkatastrophen: natürliche Hochwasserereignisse werden durch den Menschen verstärkt

Hochwasser gehören zur natürlichen Flusssdynamik und lassen sich nicht grundsätzlich verhindern. Das Ausmaß, das Gefahrenpotential und die wirtschaftlichen Schäden der heutigen Hochwasserereignisse sind jedoch maßgeblich durch menschliche Eingriffe in den Naturhaushalt bedingt (vgl. insgesamt: BUND Hintergrund „Ökologischer Hochwasserschutz, Berlin, 2002).

Flächenverbrauch und degradierte Böden: der Niederschlag fließt zu schnell ab

Zur steigenden Hochwassergefahr trägt maßgeblich die zunehmende Flächenversiegelung durch Siedlungen und Verkehrswege bei. Bereits 12 Prozent der Landesfläche Deutschlands (fast 4 Millionen Hektar) sind versiegelt. In Ballungsräumen sind bis zu 80 Prozent der Fläche überbaut. Und die Tendenz ist weiterhin steigend: Immer noch werden täglich ca. 130 Hektar (das entspricht ca. 200 Fußballfeldern) zugebaut. Vielerorts entstehen Siedlungen und Industrieanlagen in direkter Flussnähe. Auf den versiegelten Flächen ist die Versickerung des Regenwassers ins Grund-



wasser und die unterirdische Speicherung unterbunden. Stattdessen wird das Wasser in kürzester Zeit über die Kanalisation und Vorfluter den Bächen und Flüssen direkt zugeleitet.

Mit verantwortlich für ein erhöhtes Hochwasserrisiko sind auch die Bewirtschaftungsmethoden der intensiven Land- und Forstwirtschaft sowie die Waldschäden in den Mittelgebirgen. Die Verengung der Fruchtfolgen, die Umwandlung von Wiesen in Ackerland auch in Talauen und die durch den Einsatz schwerer landwirtschaftlicher Ma-

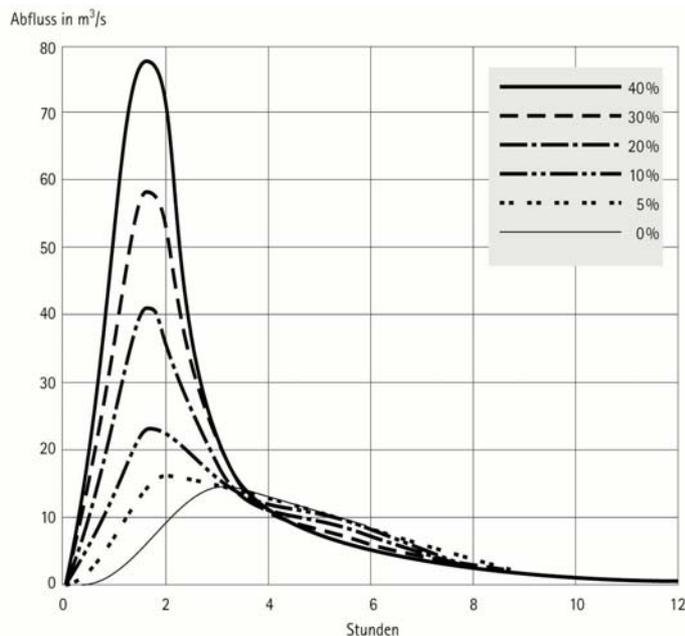
schinen zunehmende Bodenverdichtung führt zu einer verringerten Wasserspeicherkapazität der Böden und zu einem erhöhten Oberflächenabfluss. Abflussbeschleunigend wirken auch das Fehlen von Landschaftsstrukturen und Entwässerungsmaßnahmen wie Grabenausbauten. Analoges gilt für den Wald, der durch Waldschäden und Kahlschlag ebenfalls an Wasserspeichervermögen verliert.

Folge dieser Entwicklungen: die Oberflächenabflüsse und damit die Spitzenabflüsse nach Niederschlagsereignissen liegen deutlich höher als bei einem intakten Naturhaushalt, die Flutwellen strömen höher und schneller durch die eingezwängten Bäche und Flüsse.

Begradigung der Flüsse: Flutwellen werden schneller und höher

In den letzten zwei Jahrhunderten hat der Mensch den Flüssen zunehmend ihren Raum genommen und sie zur schnelleren Wasserabführung und Schiffbarkeit begradigt, in Beton- und Deichkorsetts gezwängt, durch Buhnen zur Wasserrutsche degradiert und durch Staustufen ihrer natürlichen Dynamik beraubt. Ausbau und Kanalisierung haben in der Regel zu einer Laufverkürzung der Flüsse und in der Folge zu einem beschleunigten Wasserabfluss. Die Hochwasserfluten werden damit bereits an den Oberläufen beschleunigt, die Gefahr erhöht, dass sie mit den Hochwasserspitzen der Nebenflüsse zusammentreffen.

Durch die Flussregulierungen wurden den Fließgewässern zudem die ursprünglichen, hochwasserdämpfenden Überflutungsaue genommen. So sind an Elbe und Rhein über vier Fünftel Prozent der ursprünglichen Überschwemmungsflächen durch Deichbau verloren gegangen; die Donau kann nur noch auf einer Strecke von 70 Kilometern frei fließen. Diese Ausbreitungsbänder



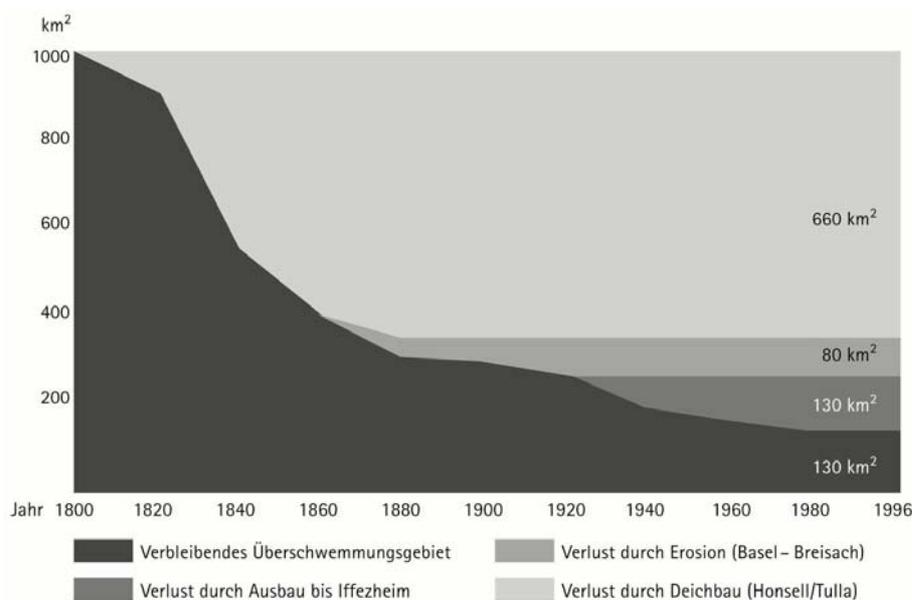
Grafik 1: Abflussganglinien bei gleichem Niederschlag, unterschiedlichem Versiegelungsgrad (0-40 %), Einzugsgebiet 20 qkm. Quelle: Hütte, Michael, Ökologie und Wasserbau, Berlin 2000



der Flüsse und Bäche prägen mit ihren Überschwemmungsgebieten unsere Landschaften und sind für die biologische Vernetzung innerhalb dieser Landschaften von außerordentlichem Wert. Die Auen wirken gleichzeitig bei Hochwasser als natürliches Regulativ, da sie beträchtliche Wassermengen zurückhalten und zwischenspeichern und dabei verdunsten und versickern lassen. Insbesondere Auwälder bremsen den Hochwasserabfluss (im Vergleich zur waldfreien Aue auf bis zu 1/5 der Abflussgeschwindigkeit).

Fehler der räumlichen Planung: Hochwasserschäden werden immer größer

Ein wesentlicher Teil der Milliarden Schäden durch die Hochwasser der letzten Jahre ist sprichwörtlich „hausgemacht“. Im Glauben an die technische Beherrschbarkeit von Hochwasserereignissen wurden durch Gewerbeansiedlungen, Bau von Wohnhäusern und Industrieanlagen sowie Verkehrswegen und Freizeiteinrichtungen hohe Sachwerte in den überflutungsgefährdeten Bereichen geschaffen. Diese sind nun die Hauptbetroffenen der Flutkatastrophen.



Grafik 2: Verlust der Überschwemmungsflächen am Rhein seit 1880

Maßnahmen zur Hochwasservorsorge

Eine Politik, welche die ökologischen Zusammenhänge ignoriert und vor allem auf Eindeichung sowie technische Flussbaumaßnahmen setzt, ist längst nicht mehr zielführend. Die Mulde, die jetzt bei Bitterfeld in ihr ursprüngliches Flussbett zurückkehrt, zeigt uns eindringlich, dass wir nicht fortwährend gegen die Natur agieren können, sondern die Naturgesetze und -kräfte in unser Handeln einbeziehen müssen. Die Hochwasservorsorge muss mit Natur- und Umweltschutzmaßnahmen Hand in Hand gehen. Vorbeugung und Vermeidung von Hochwasserereignissen müssen Vorrang vor neuen Eindeichungen, technischem Wasserbau und Schadens-



ersatz haben. Die bereits vorhandenen rechtlichen Grundlagen zur Hochwasservorsorge müssen konsequent umgesetzt werden.

Politische Maßnahmen:

- Umsetzungsprogramme für Fließgewässerrenaturierungen im gesamten Wassereinzugsgebiet der großen Ströme, damit Hochwasserwellen nacheinander und niedriger abfließen. So umfasst allein der Einzugsbereich der Elbe eine Vielzahl von Nebenflüssen und -bächen in einem Gebiet von insgesamt 148.268 Quadratkilometer, wovon ca. 65 Prozent auf Deutschland entfallen.
- Politische Entscheidung zum Verzicht auf weitere naturzerstörenden Ausbaumaßnahmen an Donau und Saale (für die die Landesregierungen jeweils einen Ausbau mit Staustufen fordern) sowie an Elbe, Oder, Havel, Main, Weser, Ems und anderen Flüssen (Flussregulierungen zur Erhöhung der Abladetiefe von Binnenschiffen).
- Konzepte zur Schaffung natürlicher Überflutungsbereiche entlang der Flüsse (z.B. das integrierte Rheinprogramm), die z.T. schon jahrelang in den Schubladen der Behörden liegen, müssen endlich konsequent umgesetzt werden. Den Flüssen müssen ihre eigene Dynamik und die Auen als natürliche Überflutungsflächen zugestanden und wo möglich zurückgegeben werden.
- Bund und Länder sind aufgefordert, einen gemeinsamen Planungsrat einzurichten und ein Bundesprogramm zur Hochwasservorsorge zu entwickeln und zügig umzusetzen. Über die "Länder-Egoismen" hinweg muss endlich eine abgestimmte Politik zur Verminderung von Überschwemmungen zuwege gebracht werden. Umweltschutz und Hochwasservorsorge darf nicht an Länder- und Staatsgrenzen halt machen.
- Mittel- und langfristige Bereitstellung von Finanzmitteln für die Hochwasservorsorge
- Beteiligung der Naturschutzbehörden und -verbände bei Planung und Unterhaltung von Wasserstraßen (Änderung des Bundeswasserstraßengesetzes)
- Konsequente planerische und organisatorische Umsetzung der Naturschutzbelange im Rahmen der europäischen Wasserrahmenrichtlinie
- Keine weiteren Siedlungs-, Gewerbe- und Verkehrswegeplanungen in hochwassergefährdeten Bereichen. In Überschwemmungsgebieten zu bauen stellt ein Risiko dar, dessen sich Gemeinden, Firmen und private Bauherren bewusst werden müssen.



Ökologische Maßnahmen zur Hochwasservorsorge:

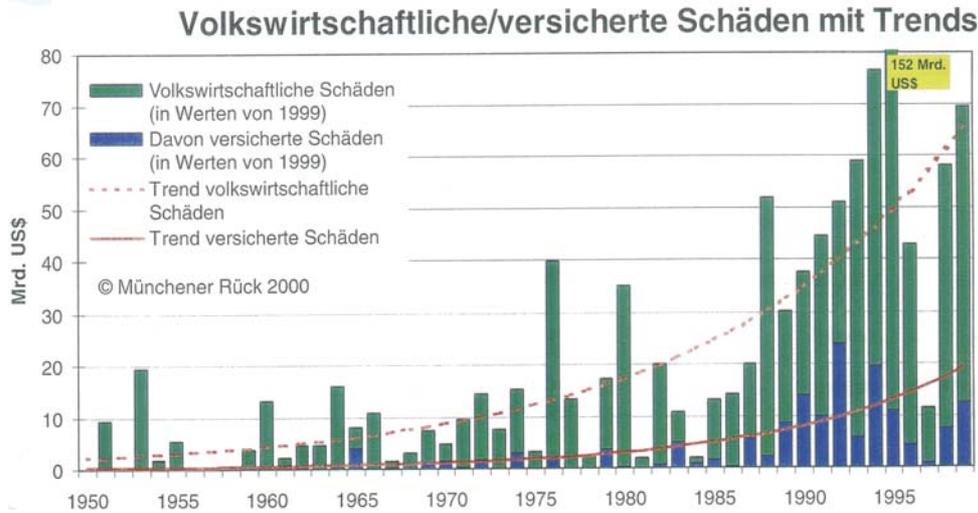
- Konsequenter Verzicht auf hochwasserfördernde Flussbaumaßnahmen (z.B. Staustufenketten, Kanalisierung, Vertiefung)
- Strikte Erhaltung noch intakter Flussabschnitte, naturnaher Überschwemmungsbereiche und Auen
- Vermeidung von neuen Eindeichungen außerhalb von Siedlungen
- Rückverlegung von Deichen ins Landesinnere zur Schaffung von natürlichen Wasserrückhalteräumen
- Renaturierung verbauter Flussabschnitte sowie von Nebenflüssen und Bächen
- Strikter Schutz (nach nationalen und europäischen Rechtsvorgaben) und Wiederherstellung von Auwäldern
- Aufnahme ökologisch wertvoller Flussabschnitte in den bundesweiten Biotopverbund
- standortgerechte land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung der Auen (z.B. Verzicht auf weitere Entwässerungen, Umwandlung von Acker- in Grünlandflächen, Wiedervernässungen)

Darüber hinaus ist zur Reduktion des Oberflächenabflusses die weitere Flächenversiegelung zu stoppen und durch geeignete Maßnahmen zur Entsiegelung und Regenwasserversickerung innerhalb der Siedlungen zu verbessern. Ebenso muss durch eine naturgemäße Land- und Forstwirtschaft die Speicherkapazität der Böden und Vegetation wieder gestärkt werden. Denn Ökologischer Hochwasserschutz kann nur bei einer ökologischen Landnutzung auf der ganzen Fläche erfolgreich sein (vgl. dazu die Forderungen des BUND zur Agrar-, Siedlungs- und Verkehrspolitik).

Dr. Kerstin Örter, BUND-Naturschutzreferentin; Tilmann Heuser, BUND-Verkehrsreferent



Anlage 1: Entwicklung der Schadenshöhe von großen Naturkatastrophen seit 1950



Quelle: Münchener Rückversicherung, topics 2000 Dezember 1999/Erg. Juli 2000, ohne Dürrekatastrophen, und ohne Erosions- und Waldschäden

Anlage 2: Dekadenvergleich 1950 - 1999 in Werten von 1999 und Prognose 2000 – 2029 bei Fortsetzung des Trends

Dekade	1950 - 59	1960 - 69	1970 - 79	1980 - 89	1990 - 99	2000 - 09	2010 - 19	2020 - 29
Anzahl	20	27	47	63	87			
Volkswirtschaftliche Schäden MRD US \$	39,6	71,1	127,8	198,6	608,5	1.300	2.400	4.300

Vergleichsdaten: Bruttoinlandsprodukt BRD 1999 ca. 1.950 MRD US \$ / nominales Wachstum gegenüber 1998 ca. 50 MRD US \$

Entwicklungstendenz	Faktor 90er:80er	Faktor 90er:70er	Faktor 90er:60er	Faktor 90er:50er
Anzahl	1,4	1,9	3,2	4,4
Volkswirtschaftliche Schäden	3,1	4,8	8,6	15,4

Prognose: Prof. Dr. Dieter F. Ihrig, Märkische Fachhochschule Iserlohn



Anlage 3: Daten und Fakten

Naturnahe Flussauen gibt es noch an folgenden Flüssen:

Elbe: 500 Kilometer zwischen tschechischer Grenze und Geesthacht

Untere Oder: 150 Kilometer zwischen Warthe-Mündung und Oderhaff

Donau: 70 Kilometer zwischen Straubing und Vilshofen

Saale: 20 Kilometer zwischen Calbe und der Mündung in die Elbe

Rhein: wenige Auenreste (v.a. am Oberrhein)

Beispiele für die Schaffung naturnaher Überschwemmungsgebiete sind*:

Schutz des größten zusammenhängenden Auewaldkomplexes Mitteleuropas im Flussgebiet "Mittlere Elbe"

Deichrückverlegung im Rahmen des Naturschutzgroßprojektes "Lenzener Elbtalaue" in Brandenburg

Erhaltung und Wiederherstellung einer intakten Überflutungsaua im Isarmündungsgebiet, am Oberlauf und im Einzugsgebiet der Donau

** Naturschutzprojekte des BMU/BfN*

Bereits bestehende Rechtsgrundlagen zur Hochwasservorsorge sind:

Das Wasserhaushaltsgesetz enthält die Verpflichtung naturnahe und natürliche Gewässer zu erhalten.

Laut Raumordnungsgesetz ist durch die Ausweisung von Vorranggebieten für die Sicherung oder Rückgewinnung von Auen und Überschwemmungsbereichen zu sorgen.

Das Baugesetzbuch gibt vor, Bodenversiegelungen auf das notwendige Maß zu begrenzen.

Nach dem Bundesbodenschutzgesetz sind die Funktionen des Bodens (z.B. Wasserspeicherung) zu sichern und wiederherzustellen.

Das neue Bundesnaturschutzgesetz sieht den Schutz, Erhalt und die Wiederherstellung von Gewässern mit ihren Ufern und Überschwemmungsgebieten und die Unterlassung des Grünlandumbruches in Überschwemmungsgebieten vor.



2.8 Internationales Aktionsbündnis ‚Zeit für die Oder‘:

Deklaration zum nachhaltigen Hochwasserschutz



Das internationale Aktionsbündnis ‚Zeit für die Oder‘ zeigt sich tief betroffen von dem Umfang der Schäden, die nach dem Hochwasser der Elbe und ihren Nebenflüssen im August 2002 in Deutschland und Tschechien entstanden sind.

Die Hochwasserkatastrophe entlang der Elbe

In Sachsen verloren über 15 Menschen ihr Leben im Hochwasser. Die Schäden in Deutschland werden auf mehr als 20 Milliarden Euro geschätzt; die Schäden in Tschechien betragen schätzungsweise drei Milliarden Euro. Auf deutscher Seite wurden etwa 180 Brücken beschädigt oder zerstört, genauso wie etwa 750 km Straßen und etwa 700 km Eisenbahnstrecke.

Folge des Flussausbaus

Die von den Menschen verursachte Klimaänderung war eine der Ursachen des Hochwassers entlang der Elbe. Die Schäden sind aber auch zum Teil eine Folge des technischen Hochwasserschutzes in der Elbe-Region, wie er auch entlang anderer europäischer Flüsse wie der Oder praktiziert wird. Das Hochwasser hat gezeigt, dass Bauwerke wie Staudämme ein falsches Gefühl von Sicherheit geben können: Auch dort, wo man es sich schon nicht mehr vorstellen konnte, hat das Hochwasser seine verwüstende Wirkung gezeigt.

Fünf Jahre nach dem Oderhochwasser

Fünf Jahre nach dem schweren Oderhochwasser im Sommer 1997 (mehr als 70 Tote, Schäden in Milliardenhöhe) sind entlang der Oder noch immer keine natürlichen Überflutungsflächen ausgewiesen worden. Hochwasserschutz heißt sowohl in Polen als auch in Deutschland noch immer vor allem Deicherhöhung. Außerdem wird in Polen im Besonderen auf technischen Hochwasserschutz in Form von Speicherbecken gesetzt, die der Bevölkerung eine Illusion von Sicherheit vermitteln. Äußerst bedenklich ist zudem, dass noch immer in Gebieten gebaut wird, in denen vor fünf Jahren das Wasser bis zum zweiten Stockwerk stand.

‚Zeit für die Oder‘ fordert nachhaltigen Hochwasserschutz

Deswegen fordert das internationale Aktionsbündnis ‚Zeit für die Oder‘ die verantwortlichen Personen in den Ministerien und Verwaltungen auf, sich unverzüglich für einen nachhaltigen und vorsorgenden Hochwasserschutz an der Oder zu engagieren, der selbstverständlich auch entlang aller anderen Flüsse umgesetzt werden soll.



Angangspunkte für einen nachhaltigen und vorsorgenden Hochwasserschutz sind unter anderem:

- Nach dem Prinzip ‚Gebt den Flüssen ihren Raum‘ muss die Ausweisung von neuen, möglichst naturnahen Überflutungsflächen erfolgen.
- Wasser muss so lange wie möglich im Einzugsgebiet der Flüsse zurückgehalten werden. Deshalb sind Wiederherstellung von Feuchtgebieten und die Förderung der Entwicklung von natürlichen Auenflächen und deren Schutz notwendig.
- Der Boden ist der größte natürliche Wasserspeicher. Die durch die intensive Bewirtschaftung von Acker- und Waldflächen verursachte Bodenverdichtung muss gestoppt werden. Dies kann durch Umstellung auf nachhaltige Bewirtschaftungsweisen geschehen.
- Die Menschen müssen akzeptieren, dass bei Hochwasser hinter den Deichen und in den Gebieten unterhalb von Staudämmen ein Restrisiko bleibt.
- Die Bebauung und Nutzung in überschwemmungsgefährdeten Gebieten muss raumordnerisch beschränkt werden.
- Kein Ausbau der Flüsse durch Staustufen, Begradigungen und Vertiefungen. Wo möglich, soll zurückgebaut werden.
- Weitere Flächenversiegelung muss gestoppt werden.
- Von Regierungen ausgewiesene Mittel für Flussregulierungsprojekte sollten für nachhaltigen, vorsorgenden Hochwasserschutz verwendet werden.

Übereingekommen in Owczary (Polen), den 6. September 2002

Das internationale Aktionsbündnis ‚Zeit für die Oder‘.

Die Mitglieder des internationalen Aktionsbündnisses sind:

Aus Polen:

Dolnośląska Fundacja Ekorozwoju (Wrocław), Fundacja Ekologiczna Ziemi Legnickiej „Zielona Akcja” (Legnica), Polskie Towarzystwo Przyjaciół Przyrody „Pro Natura” PTPP (Wrocław), Ogólnopolskie Towarzystwo Ochrony Ptaków (Gdańsk), Lubuski Klub Przyrodników (Świebodzin), Stowarzyszenie Federacja Zielonych „GAJA” (Szczecin), Stowarzyszenie Federacja Zielonych Grupa Opolska (Opole), Fundacja Kultury Ekologicznej (Jelenia Góra), Liga Ochrony Przyrody (Zielona Góra), WWF (Wrocław)

Aus Tschechien:

Arnika (Decin, Ostrava), VITA (Ostrava), Ochraňa Vod (Ostrava), Lucina – Pratele Přírody (Havírov), ZO CSOP (Studenka), Společnost pratel Poodří (Ostrava)

Aus Deutschland:

BUND Berlin e.V., BUND Brandenburg e.V., BI Oderbruch „Stoppt den Odertrassen”, Deutsche Umwelthilfe (DUH), European Rivers Network, Grüne Liga Berlin e.V., Landeskanuverband Brandenburg, Landschaftspflegeverband Mittlere Oder (Frankfurt/Oder), NABU Brandenburg, Die Naturfreunde Brandenburg, VNU Lebus, WWF Deutschland, WWF Aueninstitut, Freunde des Nationalparks Unteres Odertal, Die Grünen Brandenburg, PDS Brandenburg AG Umwelt.



3. Presse-Echo

Die digitale Version beinhaltet nicht das Kapitel 3 – Presse-Echo. Auf Wunsch kann dieses in Papierversion bei koppe@bund-berlin.de angefordert werden.



4. Adressen der Autoren

Tadeusz Wójtowicz

Zastępca burmistrza Słubice (stellvertretender Bürgermeister Słubice)
Urząd Miasta, Ul. Akademicka 1
PL - 69 100 Słubice

Otto Malek

BMU; Vorsitzender der AG 6 der IKSO: Tel: 0049/ (228) 305-25 28
Postfach 120629 Fax: 0049/ (228) 305-23 96
D - 53048 Bonn email: malek.otto@bmu.de

Stefan Bartosiewicz

RZGW Tel. 0048/ (071) 328-41 38 /-25 59
Ul. Norwida 34 Fax: 0048/ (071) 328-50 48
PL - 50 950 Wrocław 2 email: sekretariat@odgw.wroc.pl

Jürgen Neumüller

Infrastruktur & Umwelt
Prof. Böhm und Partner Tel. 0049/ (0331) 279-11 73
Kurfürstenstraße 15 Fax: 0049/ (0331) 237-05 45
D - 14467 Potsdam email: juergen.neumueller@iu-info.de

Matthias Freude

Präsident des LUA Brandenburg Tel: 0049/ (0331) 23 23-223
Berliner Strasse 21-25 Fax: 0049/ (0331) 23 23-223
14467 Potsdam email: infoline@lua.brandenburg.de

Piotr Nieznanski

WWF Wrocław
ul. Drzewieckiego 22/4
54-129 Wrocław Tel./Fax. 0048/ (071) 788-88 71
PL - Wrocław email: pnieznanski@wwf.pl

Thomas Förder

NABU Landesverband Brandenburg
Deichweg 24 Tel: 0049/ (033478) 48 55
15324 Kienitz

Gerhard Nagl

BUND Naturschutz Bayern
BAK Wasser Tel: 0049/ (0991) 383-16 09
94469 Deggendorf email: gerhard.nagl@epost.de

Radosław Gawlik

DFE Wrocław Tel: 0048/ (071) 343-08 49
ul. Białoskórnicza 26, Fax: 0048/ (071) 344-59 48
PL – 50-134 Wrocław email: rgawlik@eko.org.pl



5. Impressum

Internationale Servicestelle 'Time for the Oder'
BUND Berlin e.V.
Jeroen Kuiper
Crellestr. 35
D - 10827 Berlin

Fon: +49 - (0)30 - 78 79 00-32
Mobil: +49 - (0)163 - 7879000
Fax: +49 - (0)30 - 78 79 00-18
Email: jkuiper@BUND-Berlin.de



Mitglieder des internationalen Aktionsbündnisses ‚Zeit für die Oder‘:

Aus Polen:

Dolnoslaska Fundacja Ekorozwoju (Wroclaw), Fundacja Ekologiczna Ziemi Legnickiej ‚Zielona Akcja‘ (Legnica), Polskie Towarzystwo Przyjaciol Przyrody ‚Pro Natura‘ PTPP (Wroclaw), Ogolnopolskie Towarzystwo Ochrony Ptakow (Gdansk), Lubuski Klub Przyrodnikow (Swiebodzin), Stowarzyszenie Federacja Zielonych ‚GAJA‘ (Szczecin), Stowarzyszenie Federacja Zielonych Grupa Opolska (Opole), Fundacja Kultury Ekologicznej (Jelenia Gora), Liga Ochrony Przyrody (Zielona Gora), WWF (Wroclaw)

Polnischer Koordination:

Dolnoslaska Fundacja Ekorozwoju
Krzysztof Smolnicki
Ul. Bialoskornicza 26
PL - 50134 Wroclaw

Fon: +48 - 71- 343 08 49
Fax: +48 - 71 - 343 08 49
Email: krzysiek@eko.wroc.pl

Aus Tschechien:

Arnika (Decin, Ostrava), VITA (Ostrava), Ochrana Vod (Ostrava), Lucina - Pratele Prirody (Havirov), ZO CSOP (Studenka), Spolecnost pratel Poodri (Ostrava)

Tschechischer Koordinator:

Vlastimil Karlik
Chlumova 17
13000 Praha 3

Fon / Fax: +420 – 0412 / 510 650
Mobil: 0042 – 737 55 11 08
Email: priroda.arnika@space.de

Aus Deutschland:

BUND Berlin e.V, BUND Landesverband Brandenburg, BI Oderbruch 'Stoppt den Odertrassen', Deutsche Umwelthilfe (DUH), European Rivers Network, Grüne Liga Berlin e.V, Landes-Kanuverband Brandenburg, Landschaftspflegeverband Mittlere Oder (Frankfurt/Oder), NABU Brandenburg, Die Naturfreunde Brandenburg, VNU Lebus, WWF Deutschland, WWF Aueninstitut, Freunde des Nationalparks Unteres Odertal, Die Grünen Brandenburg, PDS Brandenburg AG Umwelt

Deutscher Koordinator:

VNU Lebus
Hans-Joachim Wirth
Oderberge Lebus
D- 15326 Lebus

Fon: + 49 – (0)33604 – 60 88
Fax: + 49 – (0)33604 – 60 99
Email: vnu@oderland.org



Förderer:



BUND Berlin e.V.
Crellestr. 35
D - 10827 Berlin



Deutsche Bundesstiftung Umwelt
An der Bornaue 2
49090 Osnabrück



Deutsche Umwelthilfe e.V.
Güttinger Straße 19
78315 Radolfzell

Titelbild: Stephan Gunkel
Zusammenstellung: Ina Koppe
Übersetzung: Maciek Gwiazda
Verantwortlich: Jeroen Kuiper